

Reden des Präsidenten
Dkfm. Dr. Claus J. Raidl
und des Gouverneurs
Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny

anlässlich der Generalversammlung
der Oesterreichischen Nationalbank am 26. Mai 2009



Rede des Präsidenten Dkfm. Dr. Claus J. Raidl

Schwere Finanzmarkturbulenzen stellen Zentralbanken vor große Herausforderungen

Das Jahr 2008 war durch wachsende Spannungen auf den internationalen Finanzmärkten gekennzeichnet. *In der zweiten Jahreshälfte verschärfte sich die Finanzkrise und zog die Realwirtschaft zunehmend in Mitleidenschaft.* Große Unsicherheit und abnehmendes Vertrauen prägten das wirtschaftliche Umfeld und die Weltwirtschaft trat nach einer langen Wachstumsphase in eine schwere Rezession ein. Den heftigen Finanzmarkturbulenzen wurde mit weitreichenden Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems ebenso wie zur Stützung der Konjunktur entgegengetreten. Mit Blick auf den Euroraum wurde der stabilitätspolitische Beitrag einer gemeinsamen Währung deutlich sichtbar.

Vor dem Hintergrund des starken Konjunkturreinbruchs schwächte sich im Euro-Währungsgebiet der kräftige – vor allem von den Energie- und Rohstoffpreisen getragene – Preisauftrieb zur Jahresmitte abrupt ab. *Angesichts der abnehmenden Gefahren für die Preisstabilität nutzte die Geldpolitik ihren Spielraum und senkte ab Herbst ihre Leitzinsen in*

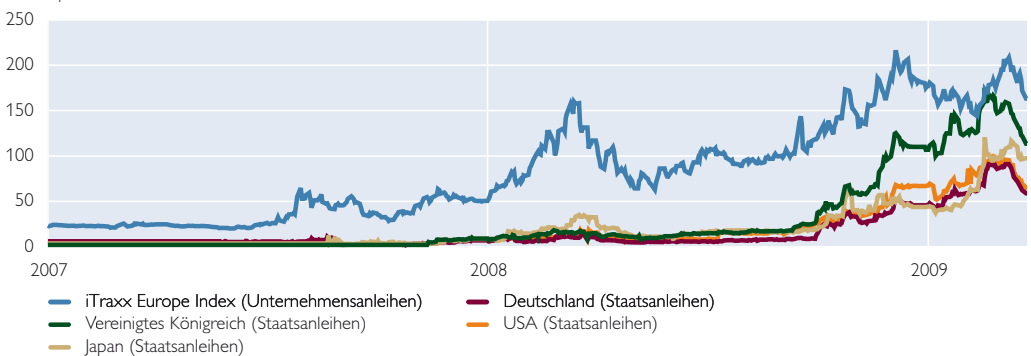
mehreren Schritten auf ein historisch niedriges Niveau. Gleichzeitig trugen liquiditätspolitische Maßnahmen zur Stabilisierung des Geldmarktes bei und unterstützten die Refinanzierung des Finanzsystems. Herr Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Nowotny wird darauf noch näher eingehen. Ich verweise daher nur auf jene volkswirtschaftlichen Einflussfaktoren, die für die Geschäftsentwicklung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) bestimmend waren.

Die Lage auf den Finanzmärkten war von großer Unsicherheit und Risikoaversion der Anleger geprägt, sodass *hohe Zinsaufschläge verlangt* wurden (Grafik 1) und *massive Kursverluste zu verzeichnen* waren. Die Anlagepolitik der Bank war angesichts dieser *schwierigen Rahmenbedingungen* besonders gefordert. *Zins- und Wechselkursentwicklungen stellen jedenfalls Einflussfaktoren dar, denen sich das Reservenmanagement nicht entziehen kann.* Einerseits begünstigten steigende Zinseinnahmen die Ertragsentwicklung. Andererseits belasteten die *massiven Wertverluste einiger Fremdwährungen gegenüber dem Euro das Ergebnis stark* (Grafik 2). *So fiel etwa das britische Pfund gegenüber dem Euro um beinahe ein Drittel!*

Grafik 1

Entwicklung der Credit Default Spreads für Anleihen

in Basispunkten

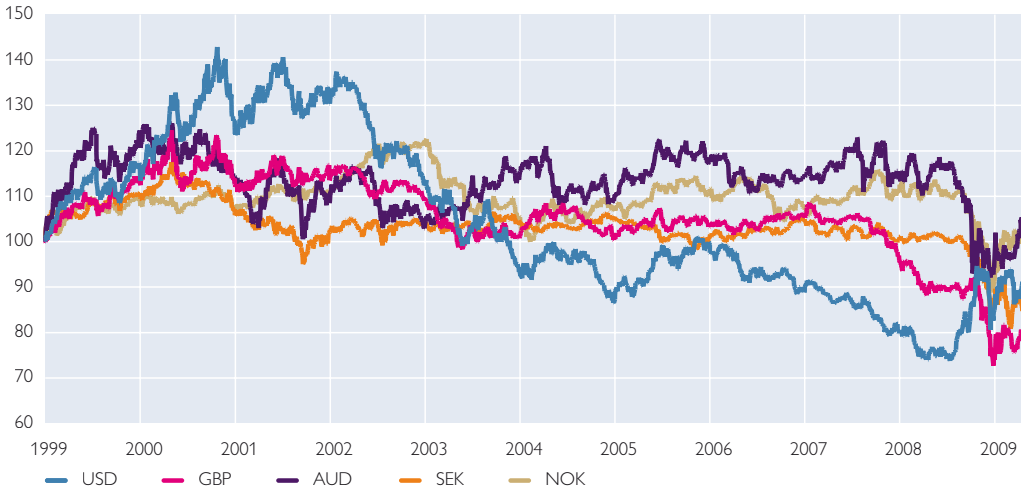


Quelle: Bloomberg.

Grafik 2

Wechselkursentwicklung des Euro zu ausgewählten Währungen

Indiziert 4. 1. 1999 = 100



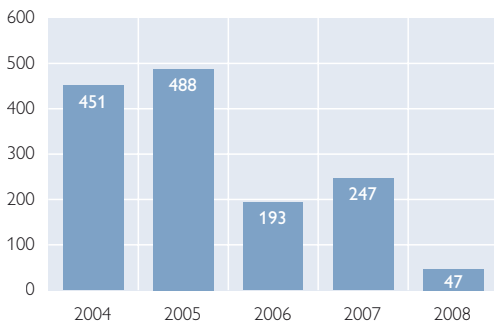
Quelle: Thomson Reuters.

Die OeNB erwirtschaftete trotz des schwierigen Umfelds eine höhere Betriebsleistung als im Vorjahr. Allerdings waren einerseits aufgrund des großen Wertverlustes einzelner Währungen gegenüber dem Euro hohe Abschreibungen vorzunehmen und andererseits entsprechend dem Beschluss des EZB-Rates eine Rückstellung für geldpolitische Operationen zu bilden. Dementsprechend sank das geschäftliche Ergebnis 2008 mit 47 Mio EUR auf etwa ein Fünftel des Vorjahresergebnisses (Grafik 3).

Grafik 3

Geschäftliches Ergebnis der OeNB

in Mio EUR



Quelle: OeNB.

Auch andere Zentralbanken des Eurosystems, die wie die OeNB ihre Reserven in mehreren Fremdwährungen angelegt hatten, wurden durch den Kursrückgang auf den Devisenmärkten getroffen. Darüber hinaus haben die großen Zinsaufschläge, die auch auf Wertpapiere von hoher Qualität verlangt wurden, die Ergebnisse belastet. Jene Zentralbanken, die traditionell ihre Reserven vor allem in US-Dollar anlegen, verzeichneten hingegen angesichts der nur leichten Wertänderung gegenüber dem Euro einen geringeren Wertberichtigungsbedarf. In Hinblick auf die OeNB ist festzuhalten, dass sich die diversifizierte Anlagepolitik der Bank im mehrjährigen Vergleich als erfolgreich erwiesen hat.

In längerfristiger Betrachtung ist aber hervorzuheben, dass sich aufgrund der Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und hoher Gewinnabfuhrungen in vorangegangenen Jahren die Reserven der Bank markant verringert haben. Seit Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion haben sich die Eigenmittel der Bank mehr als halbiert, sodass der Ertragskraft und Risikotragfähigkeit der

Bank nachhaltig Grenzen gesetzt sind. Darauf wurde in den letzten Jahren wiederholt hingewiesen.

Die EZB und die nationalen Zentralbanken haben in der Finanzkrise ihre Verantwortung für die Stabilisierung des Finanzsystems wahrgenommen und den Geldmarkt im Rahmen der geldpolitischen Operationen großzügig mit Liquidität versorgt. Die Aktivitäten zur Finanzmarktstabilisierung spiegeln sich im kräftigen Anstieg der monetären Basis der Zentralbanken des Eurosystems und darunter auch der OeNB wider (Grafik 4). In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass nach internationalen Empfehlungen etwa der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und des Internationalen Währungsfonds die Entwicklung der Kapitalaus-

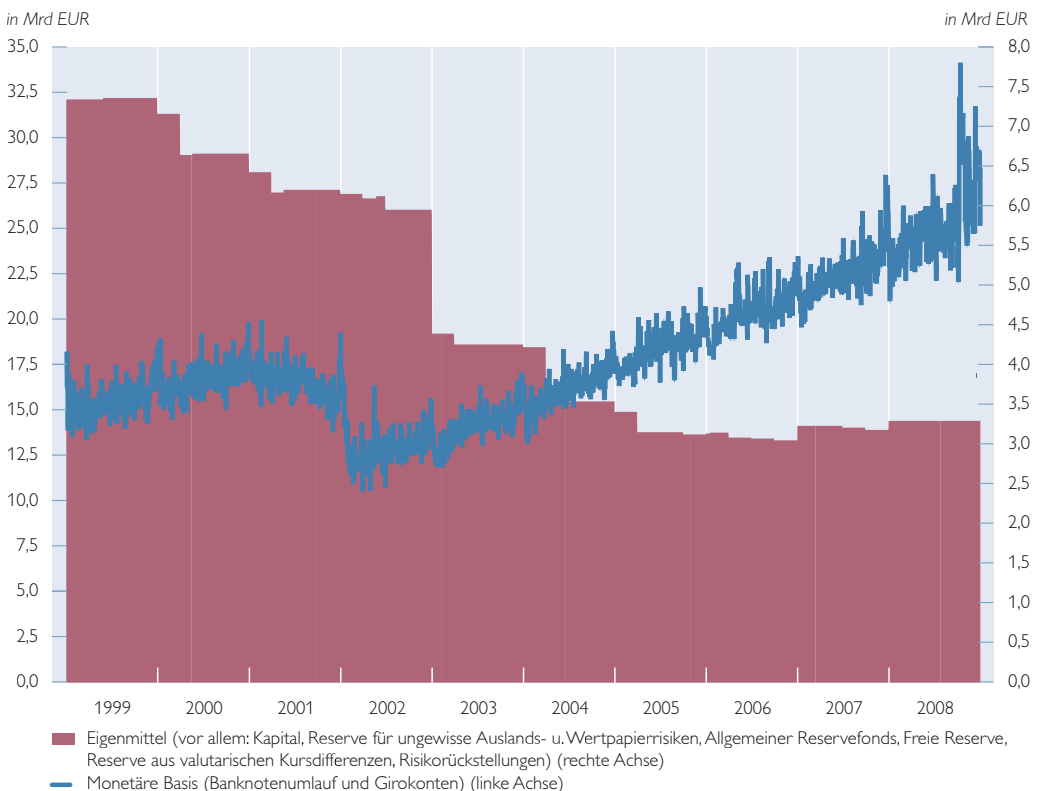
stattung einer Zentralbank mit dem Wachstum der monetären Basis Schritt halten muss! Dementsprechend wird für allgemeine zentralbankspezifische Risiken vorzuzorgen sein, die nicht zuletzt auch aus der Unterstützung des Finanzsystems resultieren können. Denn die Bank muss weiterhin ihren Beitrag zum Eurosystem und zur Glaubwürdigkeit der gemeinsamen Währung leisten können.

Jahresabschluss 2008

Bei der Darstellung des Jahresabschlusses werde ich mich auf die aus wirtschaftlicher Sicht wichtigsten Änderungen in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung beschränken. Detaillierte Ausführungen dazu sind im Geschäftsbericht enthalten.

Grafik 4

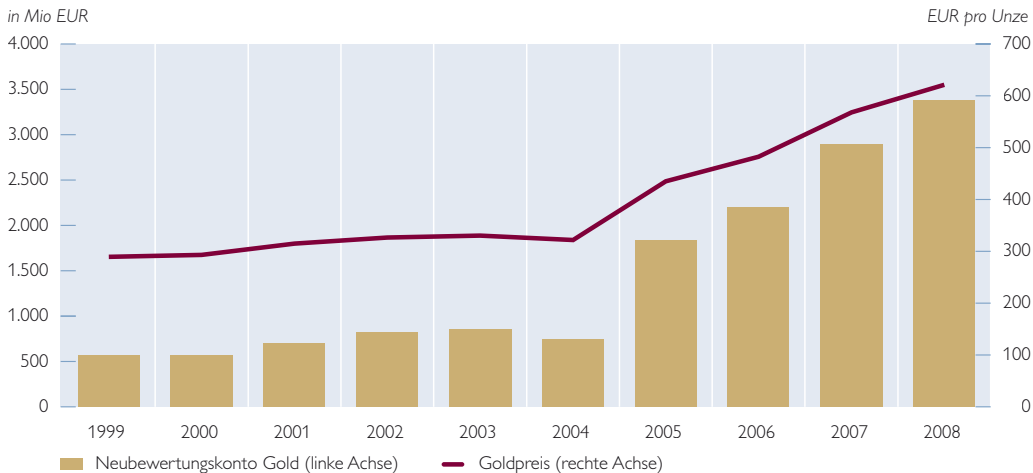
Entwicklung der Eigenmittel und der monetären Basis der OeNB



Quelle: OeNB.

Grafik 5

Entwicklung des Goldpreises



Quelle: OeNB.

Die Bilanzsumme wuchs um 21,9 Mrd EUR oder 35 % auf 83,8 Mrd EUR. Diese deutliche Zunahme ist vor allem auf Liquidität zuführende längerfristige Refinanzierungsgeschäfte zurückzuführen.

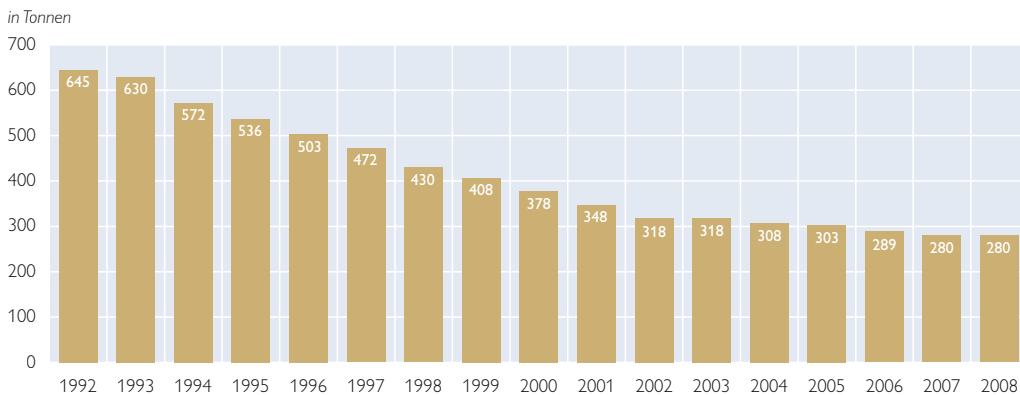
Bei den Aktiva umfasst der Goldbestand 280 t mit einem Marktwert von 5,6 Mrd EUR. Die OeNB hat im Geschäftsjahr 2008 kein Gold verkauft. Der Wert des Goldbestandes hat sich aber aufgrund des markanten Goldpreisanstiegs um fast 0,5 Mrd EUR erhöht (Grafik 5). In längerer Sicht hat

die Bank seit Beginn der Neunzigerjahre ihren Goldbestand um mehr als die Hälfte verringert und liegt nun unter dem Durchschnitt des Eurosystems (Grafik 6). Darüber hinaus werden die Goldreserven seit langem Ertrag bringend genutzt, wobei rund die Hälfte des Goldbestandes in Termineinlagen angelegt ist.

Die Zunahme der Forderungen aus geldpolitischen Operationen um 9,8 Mrd EUR oder 78 % auf 22,5 Mrd Euro spiegelt vor dem Hintergrund der Finanzkrise vor allem die starke In-

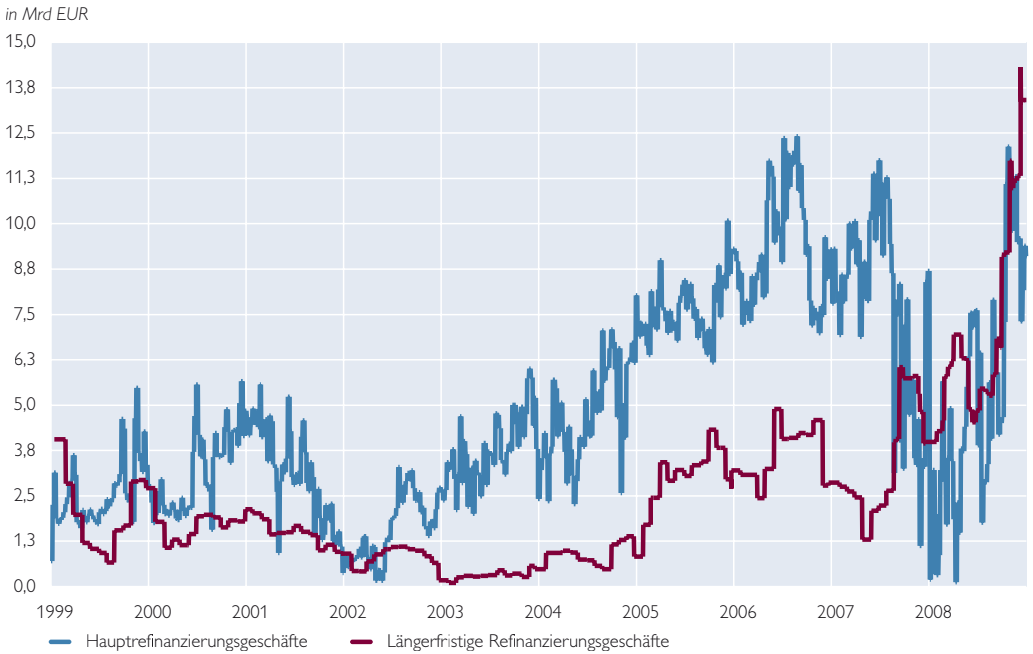
Grafik 6

Goldbestand der OeNB – Jahresendstand



Quelle: OeNB.

Von der OeNB getätigte geldpolitische Operationen des Eurosystems



Quelle: OeNB.

anspruchnahme der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte durch die Kreditinstitute wider (Grafik 7).

Der markante Anstieg der Sonstigen Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet auf 4,4 Mrd EUR ergibt sich insbesondere aus einer zeitlich befristeten und besicherten Liquiditätsbereitstellung im Rahmen der Stabilisierung des Finanzsystems.

Die *Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* haben um 5,1 Mrd EUR oder 27% auf 13,6 Mrd EUR abgenommen, weil der logistische Banknotenumlauf der OeNB im Verhältnis zum Gesamtbanknotenumlauf des Eurosystems stärker angestiegen ist.

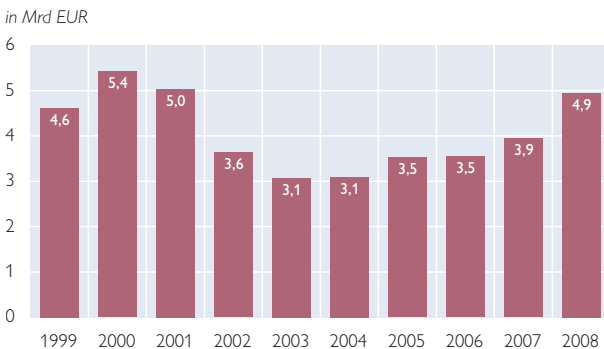
Im Rahmen der *Passiva* erhöhte sich der *Banknotenumlauf* um 2,2 Mrd EUR oder 12,4% auf 20,3 Mrd EUR.

Der kräftige Anstieg der *Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Operationen* gegenüber Kreditinstituten um 9,1 Mrd EUR oder 139% auf 15,6 Mrd EUR ist neben der Zunahme der Mindestreserveguthaben insbesondere auf die starke Inanspruchnahme der Einlagefazilität der Banken bei der OeNB zurückzuführen.

Die *Intra-Eurosystem Verbindlichkeiten* stiegen um 10,3 Mrd EUR oder 40,4% auf 35,7 Mrd EUR. Dies resultiert aus dem Saldo im Zahlungsverkehrssystem TARGET.

Grafik 8

Finanzielles Risiko der OeNB

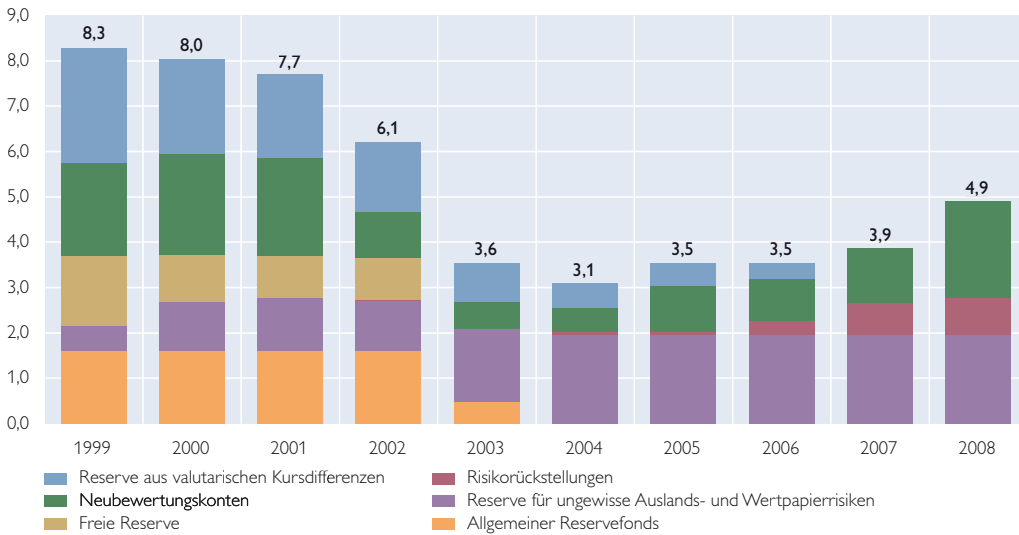


Quelle: OeNB.

Grafik 9

Zur Abdeckung des finanziellen Risikos verwendbare Rücklagen, Rückstellungen und Ausgleichsposten aus Neubewertung der OeNB

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Bei den Passiva ist die Entwicklung der *Risikovorsorgen* von besonderer Bedeutung. Zur Absicherung der Risiken ist auf der Grundlage von Risikomodellberechnungen Vorsorge zu treffen. Das gesamte finanzielle Risiko der Bank erhöhte sich um 1 Mrd EUR auf 4,9 Mrd EUR (Grafik 8). Dies spiegelt in erster Linie das *gestiegene Goldpreisrisiko*, aber auch die *Rückstellungen für geldpolitische Operationen des Eurosystems* ebenso wie die *allgemeinen zentral-bankspezifischen Risiken* wider. Das Risiko der Bank ist durch Risikovorsorgen voll gedeckt (Grafik 9). In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die vor dem Jahr 1999 gebildete *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* seit dem Geschäftsjahr 2007 voll aufgebraucht ist.

Die EZB hat im Geschäftsjahr 2008 ein *deutlich höheres Geschäftsergebnis* von 2,7 Mrd EUR erwirtschaftet (2007: 286 Mio EUR), wovon 1,3 Mrd EUR zum Aufbau der Risikovorsorge bei der EZB verwendet werden. Die danach verbliebene *EZB-Seignorage* von 1,2 Mrd EUR wurde an die nationalen Zentral-

banken rückverteilt. Die OeNB erhielt davon entsprechend ihrem Kapitalanteil 35 Mio EUR. Der restliche EZB-Gewinn wurde nach Beschluss des EZB-Jahresabschlusses im März dieses Jahres ausgeschüttet. Die OeNB erhielt 3,4 Mio EUR.

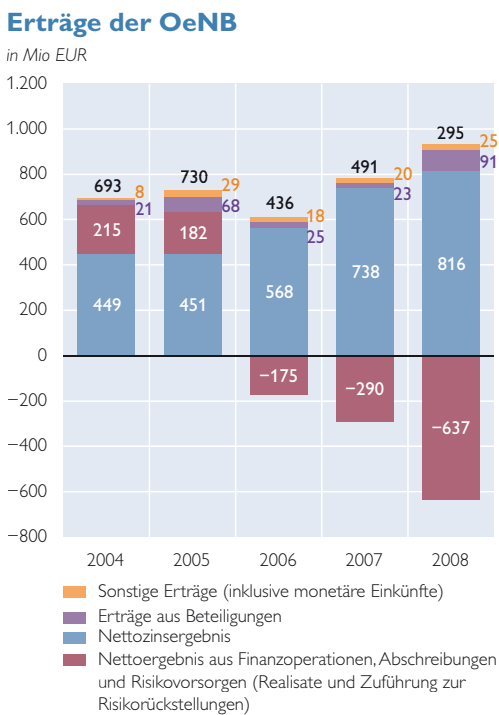
Ich komme nun zur *Gewinn- und Verlustrechnung* der OeNB. Das *geschäftliche Ergebnis 2008* liegt mit 47 Mio EUR unter dem des vorangegangenen Geschäftsjahres (2007: 247 Mio EUR). Folgende wesentliche Änderungen haben sich bei den Erträgen und Aufwendungen ergeben:

Die *Nettoerträge* sind um 196 Mio EUR oder 40 % auf 295 Mio EUR gesunken (Grafik 10).

Die *wichtigste Ertragskomponente* sind die *Zinserträge*. Das *Nettozinsergebnis* hat vor allem auch durch die stärkere Inanspruchnahme der Refinanzierung durch die Kreditinstitute um 77 Mio EUR oder 11 % auf 816 Mio EUR zugenommen.

Weitere *bedeutende Einflussfaktoren* auf den *Zentralbankgewinn* sind die *realisierten Kursgewinne/-verluste* aus Gold-,

Grafik 10



Fremdwährungs- und Wertpapiertransaktionen. Aus diesen Transaktionen wurde ein um etwa ein Viertel niedrigerer Nettoertrag in der Höhe von 154 Mio EUR erwirtschaftet. Zu berücksichtigen ist aber, dass im Gegensatz zum Vorjahr keine Goldverkäufe vorgenommen wurden. Demgegenüber waren aber vor allem aufgrund der markanten Kursrückgänge bei einigen Fremdwährungen um mehr als zwei Drittel höhere Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 625 Mio EUR vorzunehmen (2007: 358 Mio EUR). Unter Berücksichtigung der Zuführung zu einer Rückstellung für geldpolitische Operationen im Eurosystem in der Höhe von 166 Mio EUR ergibt sich im Vergleich zum vorangegangenen Geschäftsjahr ein mehr als doppelt so hohes negatives Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen von 637 Mio EUR (2007: 290 Mio EUR).

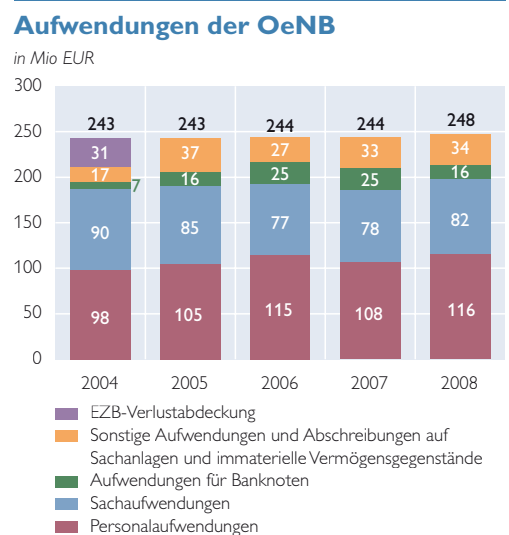
Die Erträge aus Beteiligungen sind mit 90,7 Mio EUR mehr als viermal so

hoch wie im Geschäftsjahr 2007 (22,6 Mio EUR). Dies ist neben der Rückverteilung der Seignorage der EZB und der Anteilsveräußerung an der Austria Card GmbH auch auf höhere Gewinnabfuhr der Tochtergesellschaften Münze Österreich AG und Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH zurückzuführen.

Die Sonstigen Erträge sind mit 20,7 Mio EUR mehr als doppelt so hoch wie im vorangegangenen Geschäftsjahr (9,2 Mio EUR). Dieser Anstieg resultiert unter anderem mit 4 Mio EUR aus der Vergütung für die Finanzmarktauf-sicht.

Die Aufwendungen betragen 248 Mio EUR und sind mit 1,6% nur mäßig gestiegen. Der längerfristige Vergleich zeigt, dass die Aufwendungen in den letzten fünf Jahren weitgehend unverändert sind. Verschiebungen haben sich aber in der Ausgabenstruktur ergeben (Grafik 11).

Grafik 11

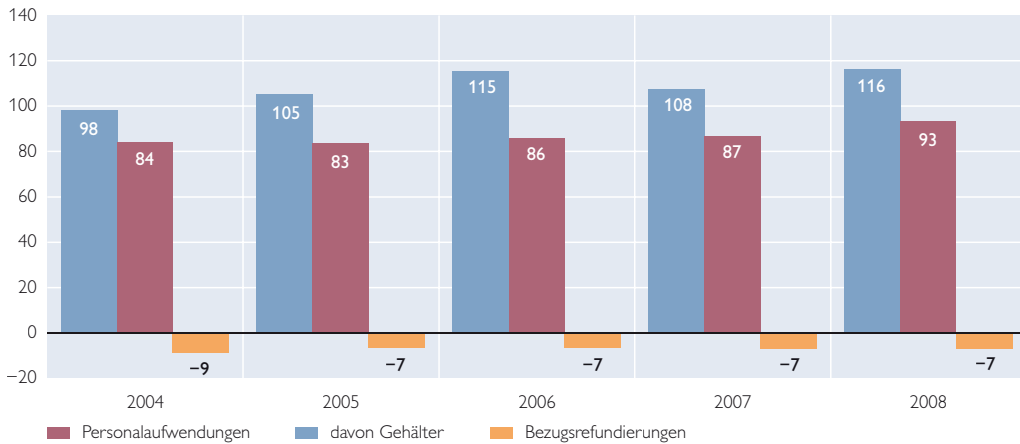


Die Personalaufwendungen nahmen um etwa 8 Mio EUR oder 8% auf 116 Mio EUR zu (Grafik 12). Diese Steigerung spiegelt vor allem die Aufnahme zusätzlicher Mitarbeiter im Zuge der

Grafik 12

Personalaufwendungen der OeNB

in Mio EUR



Quelle: OeNB.

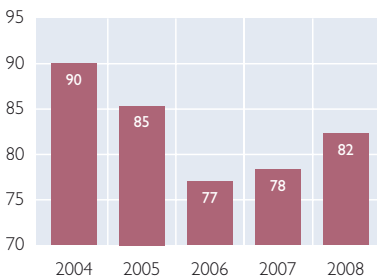
Übernahme erweiterter Aufgaben im Bereich der Bankenaufsicht wider. Unter Berücksichtigung dieses Sondereffekts haben aber im mehrjährigen Vergleich die Personalaufwendungen nur leicht zugenommen. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass sich *trotz der Aufnahme zusätzlicher Mitarbeiter in der Bankenaufsicht der Gehaltsaufwand* aufgrund des konsequenten Kurses eines sparsamen Ressourceneinsatzes *in den letzten sechs Jahren nur leicht über der kumulierten kollektivvertraglichen Gehaltsanpassung* erhöht hat!

Die Sachaufwendungen, die in den letzten Jahren markant reduziert wurden,

Grafik 13

Sachaufwendungen der OeNB

in Mio EUR



Quelle: OeNB.

nahmen insbesondere aufgrund höherer Ausgaben für Kommunikation ebenso wie für Instandhaltung um 4 Mio EUR oder 5 % auf 82,3 Mio EUR zu (Grafik 13).

Die für die Fachbereiche der Bank tätigen *Mitarbeiterressourcen* sind vor allem aufgrund der Aufnahme zusätzlicher Mitarbeiter im Bereich der Bankenaufsicht um 5,5 % auf 968 angestiegen (Grafik 14).

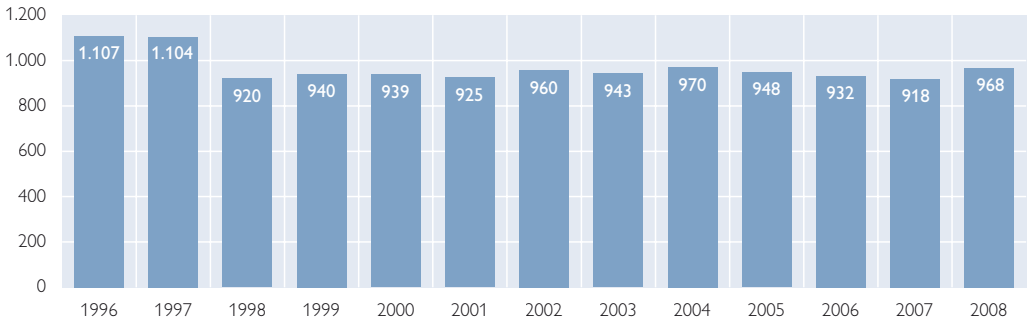
Für den *Ankauf von Euro-Banknoten* wurde mit 15,6 Mio EUR um mehr als ein Drittel weniger als im vorangegangenen Geschäftsjahr aufgewandt.

Die *Sonstigen Aufwendungen* stiegen um 6,7 % auf 21,2 Mio EUR.

Das *geschäftliche Ergebnis* beträgt 46,7 Mio EUR, wobei die Rendite aus der Eigenveranlagung in Euro und Fremdwährung unter Berücksichtigung der realisierten Nettokursgewinne 4,2 % beträgt (2007: 4,3 %). Der Bund erhält 40 Mio EUR, wovon 11,7 Mio EUR auf die Körperschaftsteuer und 28,4 Mio EUR auf den 90-prozentigen Gewinnanteil des Bundes nach Steuern entfallen (Grafik 15).

Der Bilanzgewinn wird mit 3,2 Mio EUR ausgewiesen. An die General-

Mitarbeiterressourcen für OeNB-Fachbereiche tätig – Jahresendstand



Quelle: OeNB.

versammlung wird der Antrag gestellt, davon 0,6 Mio EUR für die Ausschüttung einer Dividende von 5 % auf das Grundkapital von 12 Mio EUR zu verwenden und den verbleibenden Betrag von 2,6 Mio EUR dem Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft zuzuweisen.

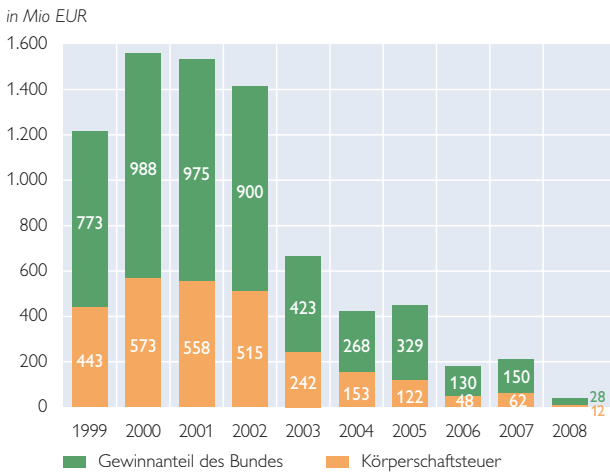
derung darstellte. Darüber hinaus hat die Bank in allen Geschäftsbereichen wichtige Projekte vorangetrieben. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, die Sie im Geschäftsbericht finden, darf ich nur einige wesentliche Bereiche herausgreifen.

Einen wesentlichen Stellenwert nahm im Berichtsjahr die Stabilisierung der Finanzmärkte ein, die viele Geschäftsbereiche der Bank außerordentlich belastete. Besondere Anforderungen stellte die Bewältigung der Finanzkrise neben der Finanzmarktaufsicht auch an die Liquiditätssteuerung, die ein kräftig steigendes Volumen geldpolitischer Operationen durchzuführen hatte. Monetäre und Finanzmarktanalyse hatten dem deutlich erhöhten Analysebedarf zu entsprechen ebenso wie die Statistik bei der Beurteilung der Kreditsicherheiten stark beansprucht war. Aber auch die Bargeldversorgung hatte bedingt durch die Finanzmarkturbulenzen einen markanten Anstieg der Banknotenausgabe zu bewältigen.

Trotz der durch die Finanzmarkturbulenzen außerordentlichen Anforderungen in vielen Geschäftsbereichen wurden wichtige Projekte vorangetrieben. Eine besondere Herausforderung war die Umsetzung der Finanzmarktaufsichtsreform 2008, in deren Rahmen der Bank ein markant erweitertes Aufgabengebiet im Bereich

Grafik 15

Anteil des Bundes am Geschäftsergebnis der OeNB



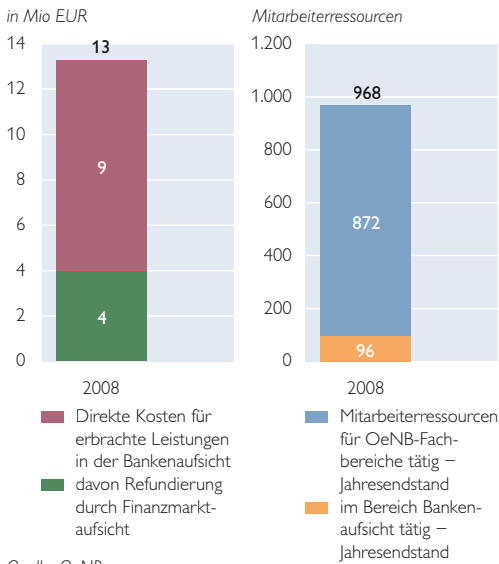
Quelle: OeNB.

OeNB als Unternehmen – Fokussierung auf Kernbereiche und Effizienzsteigerung

Die OeNB hat im Geschäftsjahr 2008 wieder in vielen Bereichen ihren Beitrag zum ESZB geleistet, wobei die Bewältigung der schweren Finanzmarkturbulenzen eine besondere Herausfor-

Grafik 16

Kosten und Mitarbeiterressourcen aufgrund erweiterter Aufgaben in der Bankenaufsicht



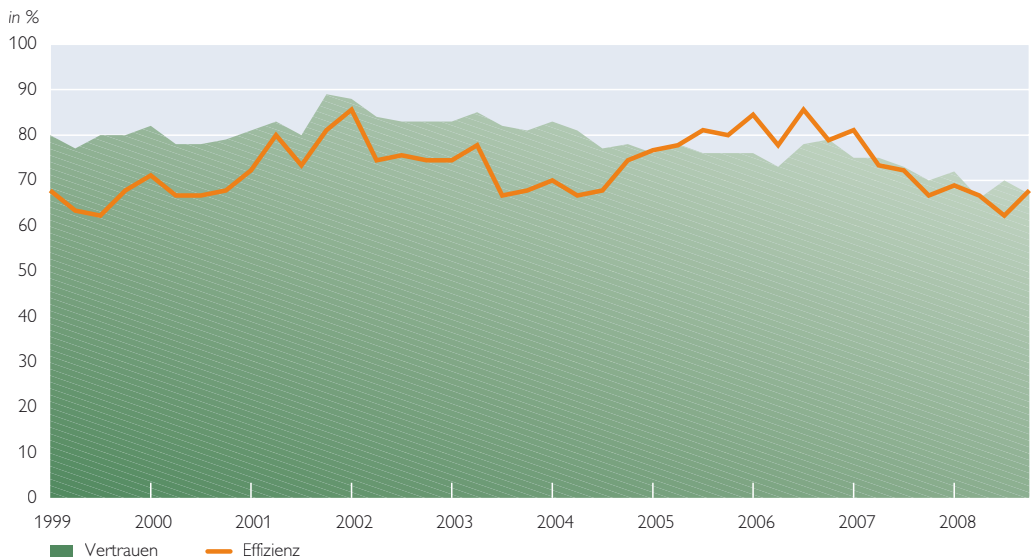
der Bankenaufsicht übertragen wurde. Neben den Vor-Ort-Prüfungen übernahm die Bank auch die Einzelbankanalysen. In einem gemeinsamen Projekt mit der Finanzmarktaufsicht wurden nun die *personellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um den erhöhten Anforderungen entsprechen zu können*. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die erweiterten Aufgaben trotz effizienter Durchführung nur mit deutlich höheren finanziellen und personellen Ressourcen zu bewältigen sind. So belastete die Bankenaufsicht die Bank im Jahr 2008 mit etwa 13 Mio EUR, wovon 4 Mio EUR von der Finanzmarktaufsicht refundiert werden (Grafik 16). Die in diesem Bereich notwendigen zusätzlichen Mitarbeiterressourcen wurden zum Teil durch Einsparungen von Mitarbeitern in anderen Bereichen ausgeglichen.

Im Bereich *Treasury* war die Bank um die *Optimierung ihrer Anlagestrategie* bemüht, sodass trotz der schwierigen Rahmenbedingungen – wie etwa des großen Wertverlusts einiger Anlage-

währungen gegenüber dem Euro – ein positives Ergebnis erwirtschaftet werden konnte. Im *Zahlungsverkehr* wurde das *Clearingsystem der Bank um die SEPA-Überweisung erweitert und* – unter anderem im Rahmen von Kooperationen im ESZB – *auf die Erfordernisse des einheitlichen Zahlungsverkehrsraums vorbereitet*. Darüber hinaus wurde die *Finanzmarktstabilitätsanalyse ausgebaut*, wobei Zentral- und Südosteuropa einen Schwerpunkt darstellte. Bei der *Kommunikation mit der Öffentlichkeit* stand die *Vertrauensbildung im Rahmen der Stabilisierung der Finanzmärkte* ebenso wie die *Erklärung der gemeinsamen Geldpolitik*, die in einem schwierigen Umfeld umzusetzen war, im Mittelpunkt. Darüber hinaus hat die Bank *besonderes Augenmerk* auf die Verfeinerung der Instrumente der *Unternehmenskontrolle* gelegt. So wurde etwa an einem *gesamthaften Risikomanagement für alle finanziellen Risiken* gearbeitet, das die bewährten Risikomanagementsysteme der einzelnen Bereiche, wie *Treasury* oder *Finanzmarkt- und Bankenanalyse*, integrieren soll.

Die Bank setzte ihre auf die *Kernaufgaben* ausgerichtete mittelfristige Unternehmensstrategie 2010 weiter um und konzentrierte ihre Arbeiten auf die Schwerpunkte *Stabilitätspolitik, Risikomanagement, Zahlungsmedien und Analyse der Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas*. Gleichzeitig wurden *Vorbereitungsarbeiten zur Entwicklung einer neuen Unternehmensstrategie aufgenommen*. Im Zentrum wird die fortgesetzte Anpassung der Strukturen der Bank stehen. Ziel ist unter Berücksichtigung der Aufgabenverteilung im ESZB eine *weitere Fokussierung in den Kernbereichen ausgerichtet an Qualität und Effizienz der erbrachten Dienstleistungen*.

Die Bank legt seit Jahren *besonderes Augenmerk auf Effizienzsteigerung und*

Vertrauen und Effizienzeinschätzung der österreichischen Bevölkerung in die OeNB

Nutzung von Synergien. In längerfristiger Betrachtung konnten daher in den wesentlichen Ausgabenkategorien bereits markante Ressourceneinsparungen erreicht werden. Ziel der neuen Unternehmensstrategie ist es, diesen Weg kontinuierlich und konsequent fortzusetzen und *Ausgaben und Mitarbeiterressourcen nachhaltig an neue Strukturen anzupassen.* In Bereichen mit erweiterten Aufgaben – wie der Bankenaufsicht – besteht allerdings das Erfordernis eines erhöhten Ressourceneinsatzes.

Die Beteiligungsunternehmen der Bank wurden in den letzten Jahren entsprechend den Marktentwicklungen neu ausgerichtet. *Aufbauend auf Effizienzsteigerungsprogrammen konnten alle Unternehmen ihre Marktstellung festigen bzw. ausbauen.* Die vorhandenen Synergiepotenziale werden erfolgreich genutzt. So arbeiten etwa die Münze Österreich AG (MÖAG) und die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH im Einkauf und Vertrieb zusammen. Vor dem Hintergrund der Finanzmarkturbulenzen erhöhte sich

die Nachfrage nach Anlageprodukten, wie Gold- und Silber-Bullionmünzen, was die Produktionskapazitäten der MÖAG stark beanspruchte. Auch die Geldservice Austria GmbH war aufgrund der stark steigenden Bargeldnachfrage bei der Bargeldbearbeitung gefordert.

Insgesamt haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Direktorium der OeNB ihre Aufgaben in einem schwierigen Umfeld und den außerordentlichen Herausforderungen heftiger Turbulenzen auf den Finanzmärkten mit großem Engagement erfüllt. Die große Wertschätzung und das *anhaltend hohe Vertrauen der Bevölkerung in die OeNB als Institution* ist Anerkennung für die ausgezeichneten Leistungen und eine gute Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit im Eurosystem (Grafik 17).

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der OeNB danke ich für ihre Leistungen ebenso wie dem Betriebsrat für seine Unterstützung.

Den Mitgliedern des Direktoriums unter der Leitung von Herrn Gouver-

neur Univ.-Prof. Dr. Nowotny danke ich für die hervorragende Bewältigung der Aufgaben in der OeNB und im Eurosystem.

Darüber hinaus danke ich den Mitgliedern des Generalrates herzlich für ihre wertvolle Arbeit im Generalrat

und seinen Unterausschüssen. Ganz besonders danke ich dafür, dass sie die wichtigen Weichenstellungen und umfangreichen Projekte mitgetragen haben und die Aufgaben in einem sachlichen Gesprächsklima erfüllt werden konnten.

Rede des Gouverneurs

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny

In den letzten 12 Monaten waren die OeNB und das Eurosystem zur Gewährleistung von Stabilität besonders gefordert:

1. Die Sicherstellung von Preisstabilität war vor allem bis in den Sommer 2008 prioritär. Die schon Ende des Jahres 2007 einsetzende Hausse bei Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen hielt bis über den Sommer 2008 an. Die Inflationsraten lagen in Österreich und im Euroraum deutlich über 3%, steigende Inflationserwartungen und Zweitrundeneffekte waren zu befürchten.
2. Die Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität war insbesondere ab September 2008 essenziell. Die bereits seit Sommer 2007 anhaltenden Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten weiteten sich im Herbst 2008 in mehreren Schockwellen nahezu auf alle Segmente des globalen Finanzsystems aus und führten zu einer scharfen Finanzkrise.
3. Die Anspannungen auf den Finanzmärkten bewirkten zunehmend negative Effekte vom Finanzsystem auf die Realwirtschaft und wuchsen sich zur schwersten Rezession der Nachkriegszeit aus. Das globale BIP wird im Jahr 2009 lt. IWF-Prognose von April 2009 erstmals seit dem zweiten Weltkrieg sinken.
4. Die Geldpolitik des Eurosystems reagierte rasch mit einer äußerst großzügigen Liquiditätsbereitstellung an die Banken sowie mit einer sehr deutlichen Senkung der Leitzinsen.
5. Das Eurosystem generell und die OeNB im speziellen waren somit in ihren vorrangigen Zielsetzungen – Gewährleistung von Preisstabilität

und Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität – höchst aktiv und wirkten in Kooperation mit der Wirtschaftspolitik durch umfangreiche Maßnahmen der Krise entgegen. Auf internationaler Ebene wurden konkrete Schritte zur Neuordnung des globalen Finanzsystems eingeleitet.

Vor dem Hintergrund einer Rekordinflation hob das Eurosystem die Leitzinsen im Juli 2008 um 25 Basispunkte an

Der Anstieg des HVPI (Harmonisierter Verbraucherpreisindex) beschleunigte sich im Euroraum im 1. Halbjahr 2008 kontinuierlich und erreichte im Juli 2008 mit 4,0% den seit Bestehen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) höchsten Wert. Es war zu diesem Zeitpunkt absehbar, dass die voraussichtliche Jahresinflationsrate auch wesentlich über dem vom Eurosystem definierten Zielwert für Preisstabilität von nahe, aber unter 2% liegen wird.

Der Inflationsanstieg war primär auf die volatileren Preiskomponenten zurückzuführen. So zogen die Energiepreise trotz bereits einsetzender Abschwächung der Weltkonjunktur weiter an. Der Rohölpreis erreichte in der ersten Julihälfte 2008 mit über 145 USD je Barrel einen Rekordwert. Aber auch bei den anderen Rohstoffen waren dynamische Preisentwicklungen zu beobachten. Besonders stark erhöhten sich die Preise für Nahrungsmittelrohstoffe: Mit dem wirtschaftlichen Aufholprozess großer aufstrebender Volkswirtschaften, insbesondere China und Indien, stieg auch deren Nachfrage nach hochwertigen Nahrungsmitteln. Es kam zu Verknappungen bei Ackerland, das verstärkt für den Anbau von

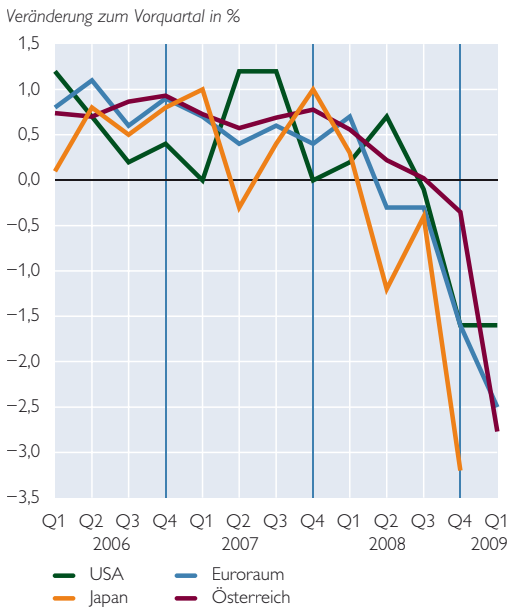
Mais, Soja und Getreide als Futtermittel und für die Produktion von Biosprit genutzt wurde.

Für die Geldpolitik des Eurosystems war entscheidend, inwiefern sich die Entwicklung in den volatilen Preis-

Wirtschaftliche Eckdaten für ausgewählte Volkswirtschaften

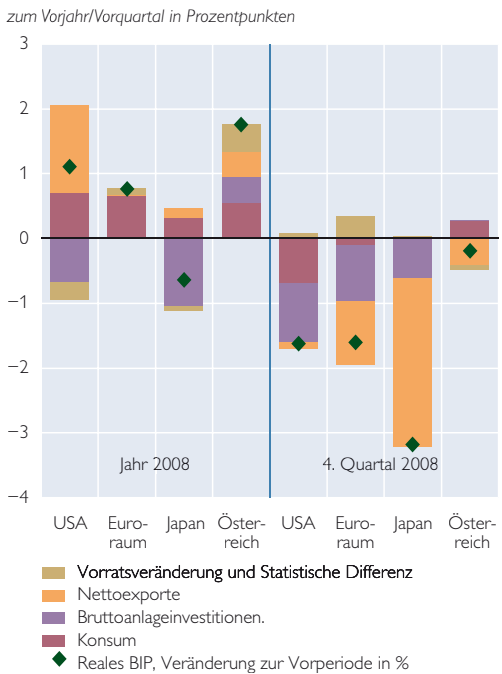
Grafik 18

Bruttoinlandsprodukt real, saisonbereinigt



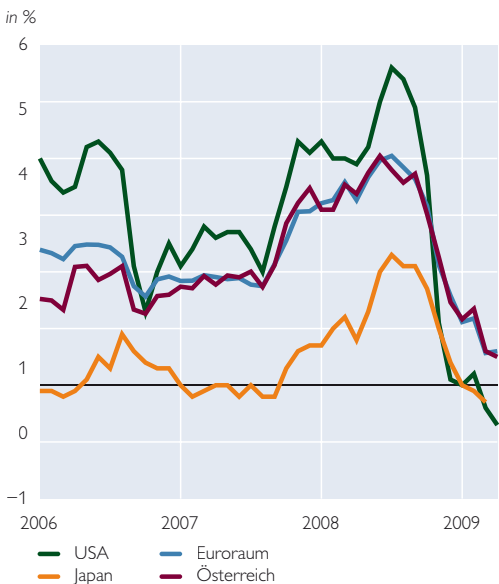
Grafik 19

Wachstumsbeiträge zum saisonbereinigten realen BIP



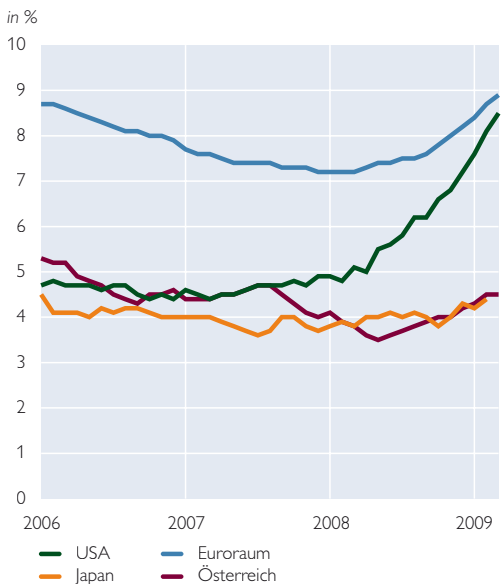
Grafik 20

Inflationsrate



Grafik 21

Arbeitslosenquote



Quelle: Eurostat, Statistik Austria, WIFO, BLS, Japan Statistics Bureau.

komponenten verfestigt und durch Zweitrundeneffekte auf andere Inflationskomponenten überträgt. Tatsächlich war bis zur Jahresmitte 2008 auch ein merklicher Anstieg der mittelfristigen Inflationserwartungen zu beobachten. Die anhaltend hohe Wachstumsrate der Geldmenge M3 von über 10% unterstützte die Einschätzung persistenter hoher Inflationsraten. Auf Basis dieser Einschätzung beschloss der EZB-Rat am 3. Juli 2008, den Leitzinssatz um 25 Basispunkte auf 4,25% anzuheben, die erste Zinsänderung seit über einem Jahr. Ziel dieser Maßnahme war es, das Aufkeimen von Zweitrundeneffekten zu verhindern, die sich bereits in der Lohnstückkostenentwicklung und in den Inflationserwartungen abzuzeichnen begannen.

Durch Finanzkrise bricht US-Konjunktur ein ...

Ab Herbst 2008 verschärfte sich die von den USA ausgehende Finanzkrise. Insbesondere nach dem Konkurs der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers spitzte sich die Lage zu: Es kam zu einer Neubewertung des Risikos, Aktienkurse fielen und Aufschläge für riskante Unternehmensanleihen stiegen. Die Refinanzierungsmärkte trockneten aus. Mehrere Finanzinstitute hatten ernsthafte Probleme und mussten von den Behörden gestützt werden.

Als erstes glitt die US-Wirtschaft – die bereits seit dem 4. Quartal 2007 Schwäche zeigte – in die Rezession. Im 4. Quartal 2008 schrumpfte das reale BIP annualisiert um 6,3%. Vor allem der private Konsum, insbesondere von langlebigen Konsumgütern, und die Unternehmens- und Immobilien-Investitionen waren rückläufig. Der staatliche Konsum stützte dank umfangreicher staatlicher Konjunkturpakete das Wachstum und verhinderte einen

noch stärkeren Einbruch des realen BIP. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich dennoch binnen weniger Monate erheblich (Grafiken 18–21).

... und zieht auch Europa in die Rezession

Die Turbulenzen übertrugen sich rasch auf die Finanzmärkte Europas. Das Vertrauen in die Banken litt, die Bereitschaft Liquidität innerhalb des Bankensektors bereit zu stellen schwand, und die Geldmarktzinsen stiegen. Die negativen Effekte übertrugen sich rasch auf die Realwirtschaft.

Im Euroraum brachen infolge der nachlassenden Nachfrage aus den USA die Exporte ein. Das Wirtschaftswachstum war im 2. Quartal 2008 bereits leicht rückläufig, der Rückgang beschleunigte sich im 4. Quartal 2008 bis auf 1,6% (im Vergleich zum Vorquartal) stark. Die Arbeitslosenquoten, die im 1. Quartal 2008 noch historische Tiefstände verzeichneten, stiegen bis zum 1. Quartal 2009 um 1 ½ Prozentpunkte auf 8,7%.

Auch Zentral-, Ost- und Südosteuropa wird getroffen, internationale Hilfsmaßnahmen führten zu Stabilisierung

Der wirtschaftliche Abschwung in Westeuropa und die dadurch bedingte Reduktion von externer Nachfrage und Außenfinanzierung sowie die Verschärfung der Situation an den internationalen Märkten seit Mitte September 2008 wirkten sich auch in Zentral-, Ost- und Südosteuropa negativ aus (Grafiken 22–26). Die Finanzmärkte entwickelten sich ab Herbst 2008 deutlich schlechter als noch in den Vorquartalen. Die Aktienpreise sanken, die Renditeabstände von Staatsanleihen gegenüber dem Euroraum weiteten sich aus und Prämien für Kreditversicherungen (Credit Default Swaps, CDS)

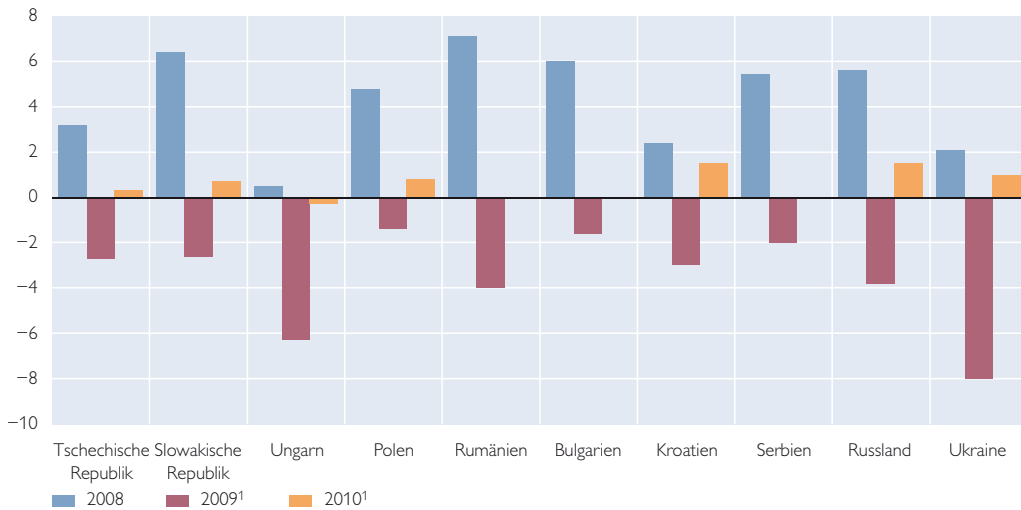
Wirtschaftliche Eckdaten für ausgewählte Länder Zentral- und Osteuropas

Teil 1

Grafik 22

Bruttoinlandsprodukt, real

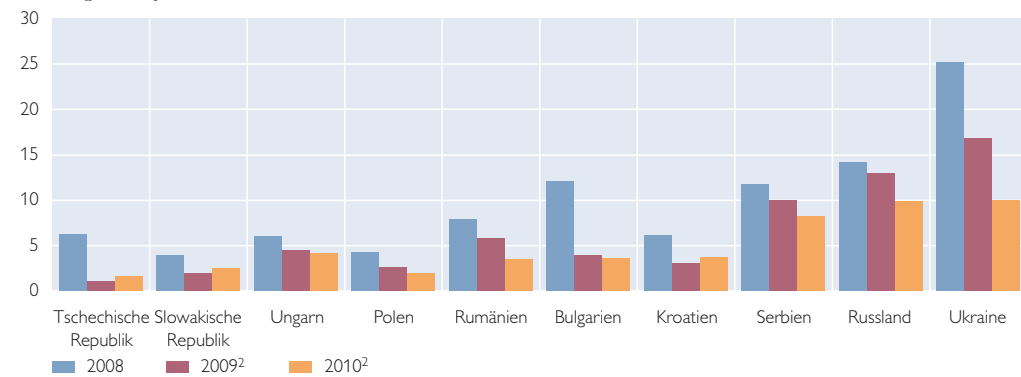
Veränderung zum Vorjahr in %



Grafik 23

Inflationsrate

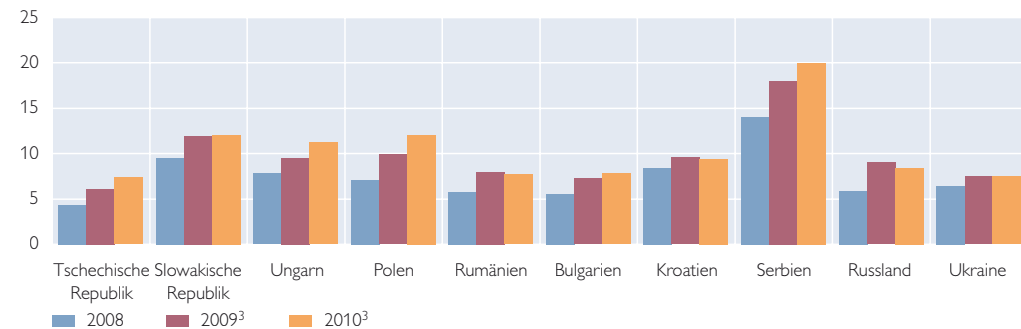
Veränderung zum Vorjahr in %



Grafik 24

Arbeitslosenquote

in % der Erwerbstätigen



Quelle: Europäische Kommission, IWF, WIIV.

¹ Prognose der Europäischen Kommission Mai 2009; Serbien und Ukraine: Prognose des IWF April 2009.

² Prognose der Europäischen Kommission Mai 2009; Serbien, Russland und Ukraine: Prognose des IWF April 2009.

³ Prognose der Europäischen Kommission Mai 2009; Serbien und Ukraine: Prognose des WIIV Februar 2009.

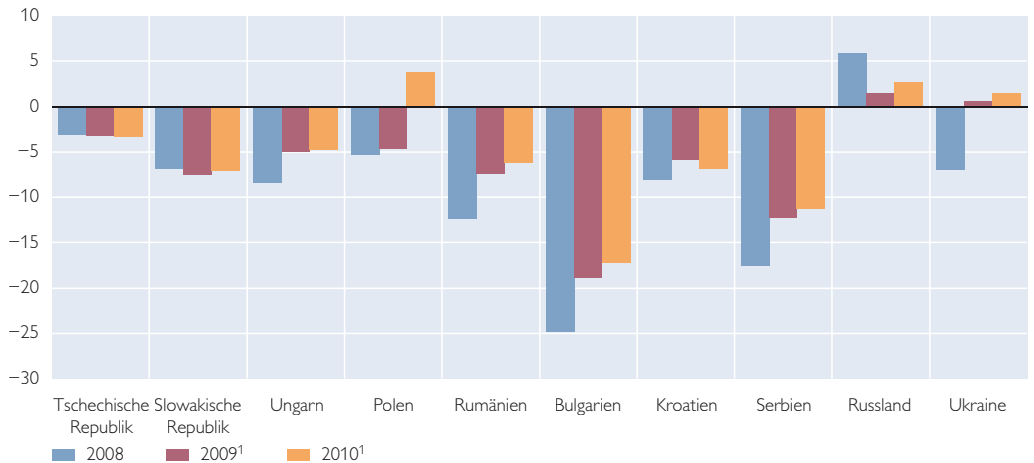
Wirtschaftliche Eckdaten für ausgewählte Länder Zentral- und Osteuropas

Teil 2

Grafik 25

Leistungsbilanzsaldo

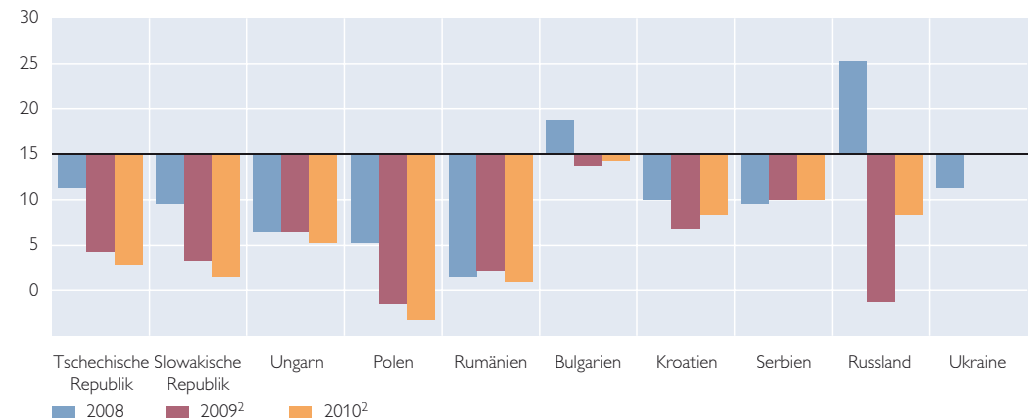
in % des BIP



Grafik 26

Budgetsalden

in % des BIP



Quelle: Europäische Kommission, IWF, WIW.

¹ Prognose der Europäischen Kommission Mai 2009; Serbien und Ukraine: Prognose des IWF April 2009.

² Prognose der Europäischen Kommission Mai 2009; Serbien: Prognose des IWF April 2009.

erreichten ungekannte Höhen (Grafiken 27–28). Viele Währungen in der Region mussten aufgrund zunehmender Risikoaversion internationaler Investoren und schlechterer Wachstumsaussichten deutliche Wertverluste hinnehmen (Grafik 29). Das Wirtschaftswachstum war ab dem 4. Quartal 2008 erheblich gebremst, die Arbeitslosigkeit beschleunigte sich.

Die Konjunkturertrübung wie auch bestehende erhebliche wirtschaft-

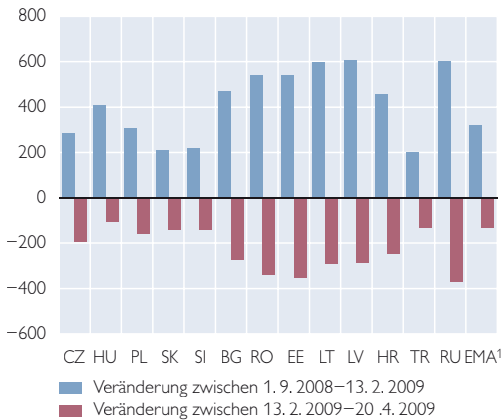
liche Ungleichgewichte und daraus resultierende Zahlungsschwierigkeiten erschwerten einigen Ländern in Zentral-, Ost- und Südosteuropa die Deckung bestehender Außenfinanzierungen. Daraufhin kam es verstärkt zu internationalen Bemühungen, die von Österreich stark unterstützt wurden u. a. im Rahmen der sog. Vienna Initiative. Basierend auf diesen Bemühungen kam es zu zahlreichen Maßnahmen, die insgesamt beruhigend wirkten.

Entwicklung ausgewählter Finanzmarktindikatoren in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

Grafik 27

Kreditversicherungen (CDS)

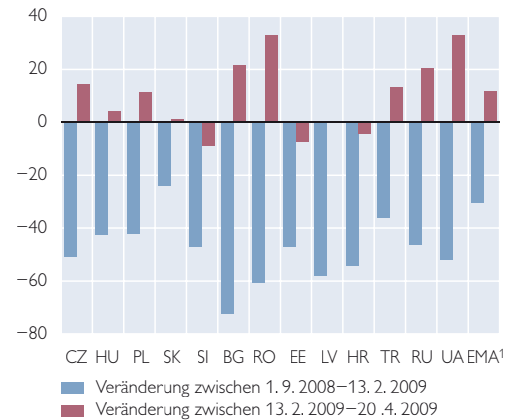
CDS Prämien in Basispunkten



Grafik 28

Aktienindizes

Veränderung in %



Quelle: Thomson Reuters, Bloomberg.

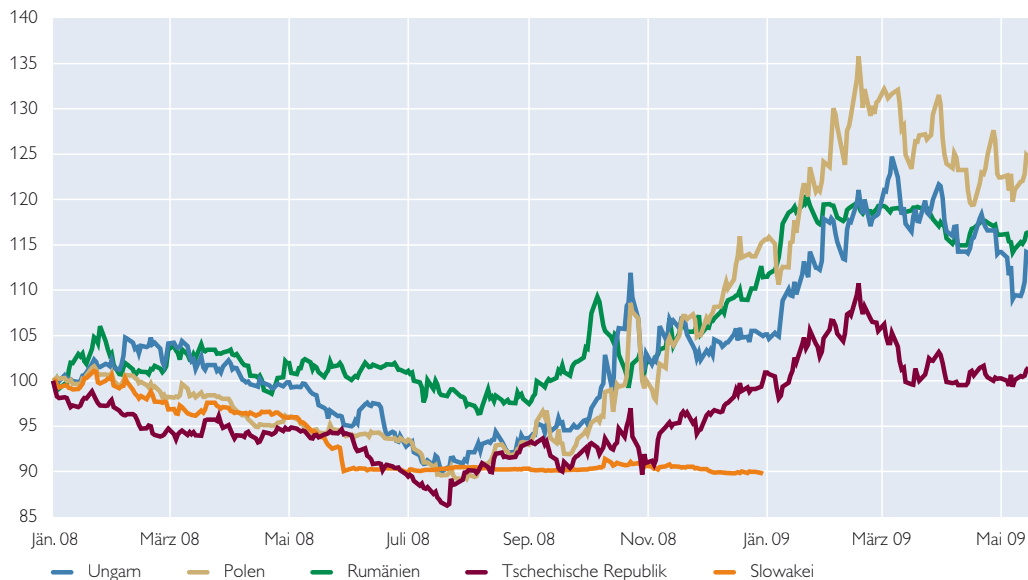
¹ Durchschnitt aller Emerging Markets.

Grafik 29

Wechselkursentwicklung ausgewählter osteuropäischer Währungen zum Euro

Aufwärtsbewegung bedeutet nominelle Abwertung

1. 1. 2008 = 100



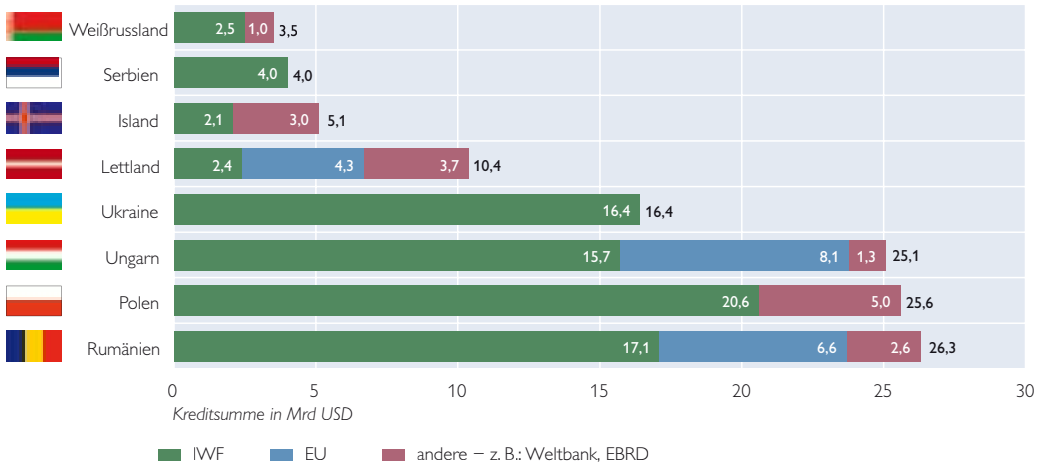
Quelle: Thomson Reuters.

Finanzielle Hilfestellung kam vom Internationalen Währungsfonds über bilaterale Stand-by-Abkommen, die teilweise auch von Weltbank und EU unterstützt wurden. Zwischen Novem-

ber 2008 und April 2009 haben innerhalb Europas eine Reihe von Ländern Kreditmittel beantragt (Grafik 30), die teilweise auch schon zugeteilt wurden.

Hilfeleistungen von internationalen Organisationen für ausgewählte Länder in Europa

Stand: 6. Mai 2009



Ende März 2009 wurde von den EU-Staats- und Regierungschefs ebenfalls beschlossen, mehr Geld für Länder außerhalb des Euroraums bereitzustellen. Der Krisenfonds für finanzielle Notfälle wurde von 25 auf 50 Mrd EUR aufgestockt. Zudem haben internationale Finanzinstitutionen (EBRD, Weltbank, EIB) ein Paket von rund 25 Mrd EUR für Osteuropa geschnürt. Dieses dient der Rekapitalisierung von Banken und der Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben u. a. durch Kredite und Beteiligungen. Österreichs besonderes Interesse zur Stabilisierung der Volkswirtschaften Osteuropas hat damit auch auf EU-Ebene Resonanz gefunden.

Seit der zweiten Februarhälfte 2009 entspannte sich die Situation in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, und die Währungen wie auch die Aktienmärkte erholten sich deutlich, was auf die globalen Bemühungen zur Konjunkturstützung und Stabilisierung der Finanzsysteme und auf eine etwas gestiegene Risikobereitschaft zurückzuführen war.

Asiatischer Raum schlittert in wirtschaftliche Turbulenzen

Die Hoffnung, dass Länder mit guten Fundamentaldaten und schwachen Verbindungen zu den US-Finanzmärkten sich von der Krise weitgehend abkoppeln könnten, erfüllte sich nicht – auch der asiatische Raum wurde erfasst. Japans Wirtschaftsleistung ging erheblich zurück, Chinas Wachstumsmotor büßte stark an Dynamik an. Die globale Wirtschaftsleistung, die 2007 noch um 5,2% gewachsen war, expandierte 2008 noch um 3,2%.

Abschwung in Österreich verzögert und weniger ausgeprägt

In Österreich zeigten sich die negativen Auswirkungen des globalen Abschwungs auf die Realwirtschaft vor allem ab der zweiten Jahreshälfte 2008. Im 4. Quartal schrumpfte die österreichische Wirtschaft um 0,2% (Grafik 18). Im gesamten Jahr 2008 wuchs das reale BIP noch um 1,6%, verglichen zu den dynamischen Vorjahren halbierte sich aber das Wirtschaftswachstum. Es war damit aber noch deutlich

besser als in den meisten anderen EU-Ländern. Österreichs Volkswirtschaft geriet somit später und weniger stark als andere Regionen in den Sog der Krise. Der Arbeitsmarkt zeigte sich über weite Strecken robust, verlor aber ab November 2008 jegliche Dynamik. Das Stellenangebot ging stark zurück, die Beschäftigung stagnierte und die Arbeitslosigkeit begann kräftig zu steigen (Grafik 21).

Sinkende Rohstoffpreise bewirken Trendwende bei Inflationsrate

Die sich zunehmend vertiefende Rezession hat den Preisauftrieb weltweit massiv eingebremst. Grund dafür waren die deutlich sinkenden Rohstoffpreise (Grafiken 31–32). War der Rohölpreis in der ersten Jahreshälfte 2008 um 55 % gestiegen, brach er – ausgehend vom Rekordhoch – bis Jahresende 2008 um 75 % ein. Der Rückzug von Investoren aus den Rohstoffmärkten verstärkte die sinkende Preisdynamik weiter. Nach einem leichten Anstieg zu Beginn des Jahres stabilisierten sich die Rohstoffpreise in den

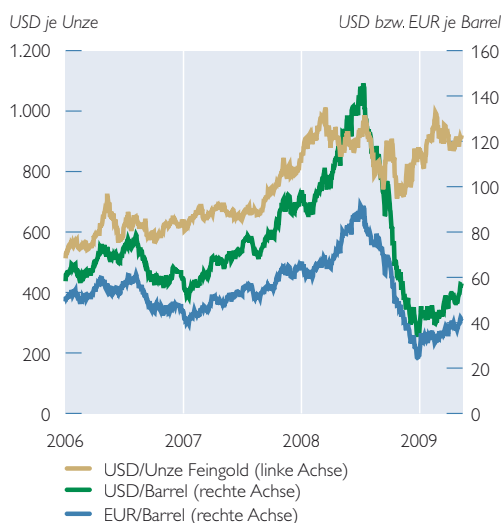
ersten vier Monaten 2009 auf einem Niveau, wie es zuletzt etwa im Jahr 2005 bestand. Die am HVPI gemessene Inflationsrate ging im Euroraum im Dezember 2008 auf 1,6 % zurück und verringerte sich bis April 2009 weiter auf 0,6 %. In Österreich fiel der Preisauftrieb von 4,0 % (Juni 2008) auf 1,2 % (Jänner 2009) und betrug im April 2009 0,5 % (Grafik 19). Bis Mitte des Jahres 2009 rechnet die OeNB für Österreich mit einem weiteren Abebben und vorübergehend auch einem sinkendem gesamtwirtschaftlichen Preisniveau.

Gewinne bei österreichischen Banken gesunken

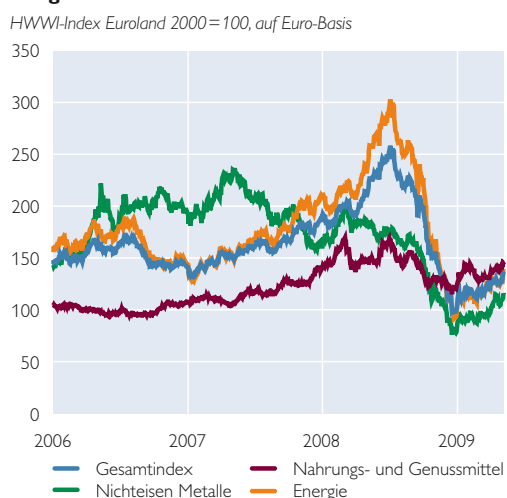
Die österreichischen Banken waren nur in geringem Ausmaß direkt von der US-„Subprime“-Krise betroffen, den daraus entstandenen Verwerfungen auf den Finanzmärkten konnten sie sich jedoch nicht entziehen. So mussten zum Teil deutliche Abschreibungen auf Wertpapiere vorgenommen werden, und es fielen Verluste im Eigenhandel an. Vor dem Hintergrund des schwie-

Preisentwicklung bei Rohstoffen

Gold und Rohöl

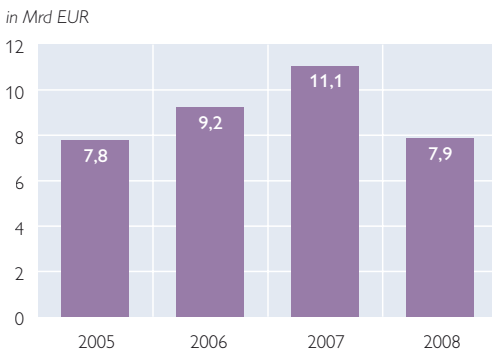


Ausgewählte Rohstoffe



Quelle: Thomson Reuters, HWWI.

Betriebsergebnis der österreichischen Banken



Quelle: OeNB, konsolidierte Daten.

Eckpunkte des österreichischen Bankenpaketes zur Krisenbekämpfung

- **Erhöhung des Vertrauens innerhalb des Bankensektors**

- Interbankmarktstärkungsgesetz (bis zu 75 Mrd EUR):
Clearingstelle: Oesterreichische Clearingbank AG (OeCAG)
Bundesgarantie für Bankemissionen

- **Erhöhung der Eigenmittelausstattung**

- Finanzmarktstabilitätsgesetz (bis zu 15 Mrd EUR):
Rekapitalisierungsmaßnahmen

- **Erhöhung des Vertrauens der Einleger**

- Einlagensicherung
natürliche Personen: bis Ende 2009 unbegrenzte Garantie;
danach bis 100.000 EUR
juristische Personen: bis zu 20.000 EUR und Selbstbehalt
von 10%, für Personengesellschaften
und kleine Kapitalgesellschaften
bis zu 50.000 EUR.

rigen Umfelds an den internationalen Finanzmärkten sank das Provisionsgeschäft. Auch die Risikokosten sind ausgehend von niedrigen Niveaus angestiegen.

Das konsolidierte Betriebsergebnis verringerte sich im Geschäftsjahr 2008 um 29,1 % auf 7,9 Mrd EUR (Grafik 33). Das konsolidierte Periodenergebnis (nach Steuern und Fremdanteilen) fiel vor allem in Folge von Wertberichtigungen und Firmenwertabschreibungen um fast 90 % auf 0,6 Mrd EUR. Das Geschäft in Zentral-, Ost- und Südosteuropa stützte weiterhin die Rentabilität der österreichischen Banken.

Ausblick durch Wende im Kreditzyklus eingetrübt

Zentral-, Ost- und Südosteuropa ist für die österreichischen Banken ein wichtiger Markt und hat in der Vergangenheit viel zu deren Profitabilität beigetragen. In dieser Region gab es in 19 Ländern 69 Tochterbanken. Daten der OeNB zufolge betragen die Forderungen österreichischer Banken in diesen Ländern Ende 2008 etwa 200 Mrd EUR, davon $\frac{3}{4}$ innerhalb der EU. Österreich hat damit einen Anteil von rund 20 % an allen Forderungen

von Banken aus der EU-15 in dieser Region.

Eine besondere Herausforderung für die österreichischen Banken bildete die Eintrübung der Konjunktur und die damit einhergehende Verschlechterung des Kreditzyklus in Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Die Risikolage der österreichischen Banken hat sich durch makroökonomische Probleme in einigen Ländern, wie beispielsweise Ungarn, der Ukraine, Rumänien oder Kroatien zweifellos verschärft. In einigen Ländern vergaben Banken bis zu 50 % ihrer Kredite in Fremdwährung. Durch die krisenbedingten Abwertungen in einigen osteuropäischen Währungen steigt auch das Ausfallrisiko bei den ausstehenden Fremdwährungskrediten. Die internationalen Initiativen zur Stabilisierung und Unterstützung der Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropa sollten die wirtschaftlichen Risiken jedoch einschränken.

Es ist wichtig, die einzelnen Länder der Region differenziert zu betrachten, unterschiedliche Märkte bedeuten unterschiedliche Risiken. Außerdem ist der Bestand an Forderungen von Österreichs Banken in Osteuropa – wie auch der IWF bestätigt – im Vergleich

zu anderen in Osteuropa aktiven Ländern stark regional diversifiziert.

Die österreichischen Konzerntöchter versorgen ihre Tochtergesellschaften weiterhin mit ausreichendem Kapital und Liquidität, kommen ihrer Rolle als langfristige Investoren nach und tragen damit zu einer Stabilisierung in der Region bei.

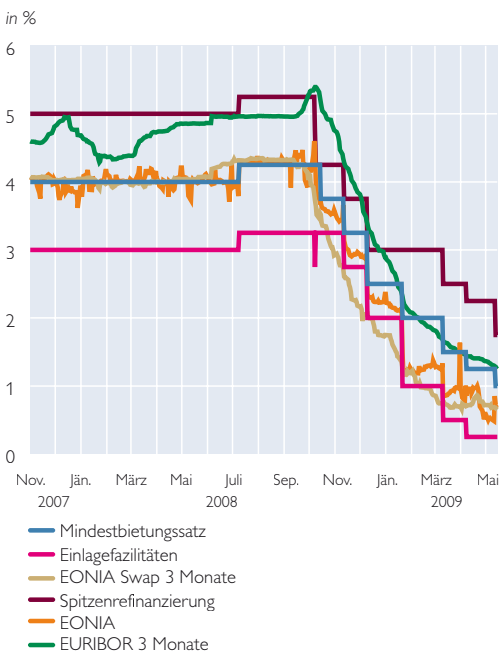
Geldpolitik des Eurosystems beschreitet neue Wege in der Krisenbekämpfung

Das Eurosystem reagierte auf die Herausforderungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit tiefgreifenden und weitreichenden Änderungen bei der Umsetzung der Geldpolitik. Das geldpolitische Instrumentarium hat sich dabei als äußerst krisenfest erwiesen. Der EZB-Rat begegnete den neuen Herausforderungen sehr flexibel, etwa durch Anpassung der Zuteilungsmodalitäten

beim Hauptrefinanzierungsgeschäft (unlimitierter Mengentender), durch eine deutliche Verschiebung der Geldmarktoperationen zu längerfristigen Geschäften mit einer Laufzeit von drei und sechs Monaten sowie durch eine Ausweitung der refinanzierungsfähigen Sicherheiten. Im Mai 2009 beschloss der EZB-Rat die Laufzeit der Finanzierungsgeschäfte auf 12 Monate auszuweiten. Zudem gab es einen Grundsatzbeschluss (Details werden im Juni 2009 bekanntgegeben), dass das Eurosystem auf Euro lautende gedeckte Schuldverschreibungen (covered bonds), die im Euroraum begeben wurden, kaufen wird. Zusätzlich zur raschen und deutlichen Senkung der Leitzinsen – der EZB-Rat nahm den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte zwischen Oktober 2008 und Mai 2009 um insgesamt 325 Basispunkte auf 1,00% zurück – hat das Eurosystem damit vor

Grafik 35

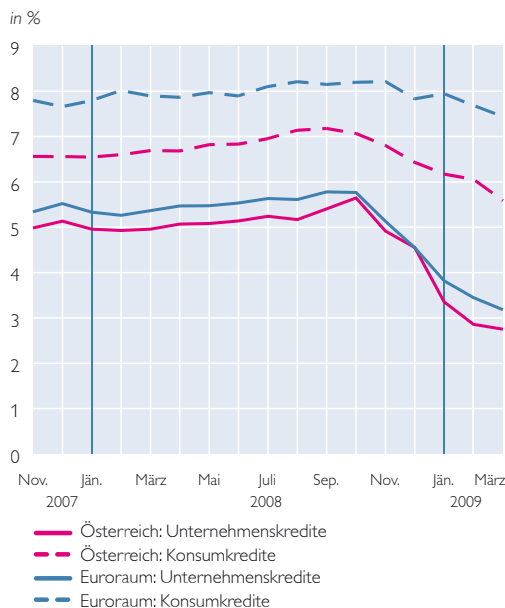
Leitzinsen und Geldmarktzinsen im Euroraum



Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Grafik 36

Kreditzinssätze im Euroraum und in Österreich - Neugeschäft



allem zur Stabilität des Banken- und Finanzsystems sowie zur Aufrechterhaltung des Finanzierungskreislaufs beigetragen (Grafik 35). Das Eurosystem kooperierte eng mit anderen wichtigen Notenbanken, die ebenfalls umfangreiche Maßnahmen und teils kräftige Zinssenkungen setzten. Die Kundenzinsen (Einlagen- und Kreditzinsen) gingen im Euroraum und in Österreich ab November 2008 deutlich zurück (Grafik 36).

Euro schützt in der Krise

Nach einer erfolgreichen ersten Dekade wurden die Währungsunion und der Euro mit der Finanz- und Wirtschaftskrise auf eine harte Probe gestellt, die sie bestens bestanden haben. Der Euro schützte vor Währungsspekulation und verhinderte, dass der Konjunkturerbruch durch Wechselkursschwankungen zwischen den teilnehmenden Ländern zusätzlich verschärft wird. Die Institutionen der WWU und der Euro erleichterten es Europa auch, rasch, entschlossen und kohärent zu handeln und durch ein koordiniertes Vorgehen den Schaden für den Finanzsektor und die Konjunktur zu verringern. Ohne Eurosystem wäre eine effiziente Liquiditätszuführung für das EU-Bankensystem in dieser Form nicht möglich und eine Koordination zwischen den EU-Notenbanken äußerst schwierig gewesen.

Bankenpakete zur Stabilisierung des Finanzsektors

Spezielle und auf EU-Ebene akkordierte Bankenpakete flankierten die Aktivitäten der Geldpolitik zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität. Diese haben im Wesentlichen zwei Zielsetzungen: Die Mitgliedstaaten übernehmen zur Unterstützung der längerfristigen Refinanzierung von Banken Garantien für neue Bankobligationen.

Zudem soll mit einer Stärkung der Eigenkapitalausstattung von Banken ihre Risikotragfähigkeit erhöht und die Kreditvergabe an die Wirtschaft aufrecht erhalten werden. Seit Vereinbarung der Maßnahmenpakete auf europäischer Ebene Anfang Oktober 2008 wurde kein großes Institut zahlungsunfähig. In der EU haben 19 Länder Maßnahmenpakete zur Refinanzierung von Banken eingeführt, wovon 17 Länder explizit auch die Möglichkeit der Stärkung der Eigenkapitalausstattung vorsehen. Das von den EU-Ländern zugesagte Volumen beläuft sich auf etwa 2.800 Mrd EUR, das entspricht ca. 22 % des BIP der EU. Hievon entfallen etwa 300 Mrd EUR auf die Rekapitalisierung von Banken und circa 2.500 Mrd EUR auf staatliche Garantien für Verbindlichkeiten.

Österreichisches Bankenpaket von 100 Mrd EUR

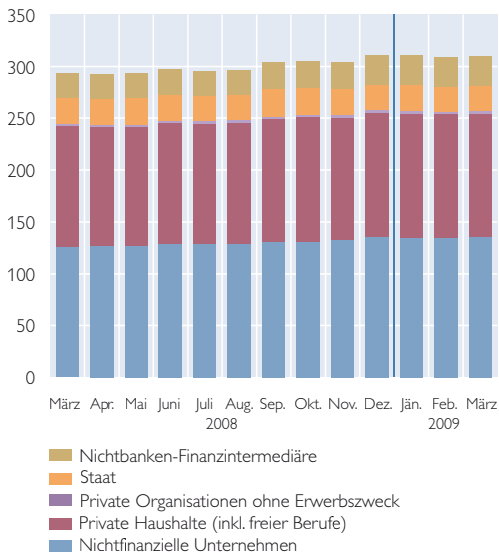
Das österreichische Bankenpaket umfasst ein Gesamtvolumen von bis zu 100 Mrd EUR zum Schutz der Sparer, zur Ankurbelung der Kreditvergabe und zur Absicherung und Stärkung der Kreditinstitute und Versicherungen. Das Paket enthält Bedingungen und Auflagen, die seine Effektivität sicherstellen sowie die Risiken und Kosten für die öffentliche Hand minimieren sollen. Das Maßnahmenpaket wurde in Form zweier Gesetze erlassen: dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (dient zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung der Banken mit einem Volumen von 15 Mrd EUR) und dem Interbankmarktstärkungsgesetz (dient der Reaktivierung des Interbankenmarktes, Garantievolumen 75 Mrd EUR). Einige Banken in Österreich (Hypo Group Alpe-Adria Erste Group Bank AG, Raiffeisen Zentralbank AG, Österreichische Volksbanken AG, BAWAG P.S.K.) haben teilweise unter Beteili-

Kreditentwicklung in Österreich Bankensektors

Ausleihungen an Nichtbanken nach Subsektoren

Grafik 37

in Mrd EUR

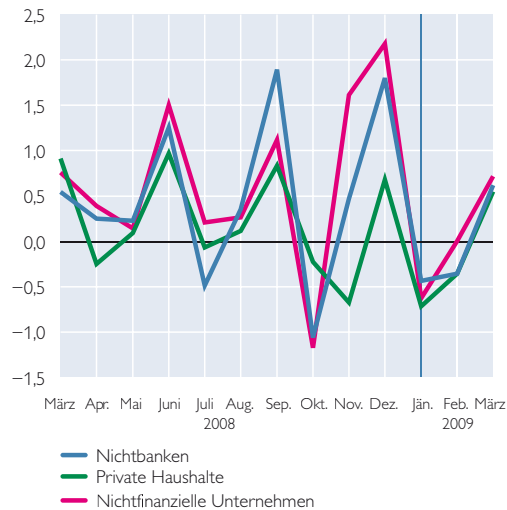


Quelle: OeNB.

Wechselkursbereinigte Kreditentwicklung

Grafik 38

Monatsveränderung in %



gung von Privatinvestoren ihre Eigenmittelausstattung insgesamt um etwa 6,9 Mrd EUR erhöht. Weitere Institute befinden sich mit dem BMF in Verhandlungen. Bis Mitte Mai 2009 haben Banken staatlich garantierte Anleihen im Gesamtvolumen von rund 15 Mrd EUR emittiert.

Insgesamt ist das österreichische Bankenpaket im europäischen Vergleich mit einem Volumen von rund einem Drittel des BIP gut dotiert.

Als weitere wichtige vertrauensbildende Maßnahme wurde im Oktober 2008 beschlossen, Einlagen (Spar-, Termin-, Giro- und Bauspareinlagen) von natürlichen Personen (Privat- oder Betriebsvermögen) in voller Höhe bis 31. Dezember 2009 zu sichern; ab 1. Jänner 2010 ist die Einlagensicherung mit 100.000 EUR begrenzt. Weiters wurde in diesem Zusammenhang die Einlagensicherung für kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 50.000 EUR beschlossen (Grafik 34).

Rückläufiges Kreditwachstum in Österreich

Die Bewertungsverluste, die die Banken infolge US-Subprime- und Finanzkrise zu tragen haben, zusammen mit der dadurch ausgelösten höheren Liquiditätspräferenz und einer geringeren Risikobereitschaft sowie die gedämpften Konjunkturaussichten sind Gründe, dass die Banken die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte einschränken oder die Kreditkonditionen verschärfen, indem sie z. B. entweder höhere Zinssätze oder zusätzliche Sicherheiten fordern.

In Österreich ist dieses Phänomen nur in abgemilderter Form zu beobachten. Die Banken versorgen den Privatsektor weiterhin mit Krediten, allerdings hat sich auch die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte seit 2009 verlangsamt. Ein Teil kann auch auf die sinkende Nachfrage zurückgeführt werden.

Im März 2009 lag das Kreditwachstum im Jahresabstand mit 5,6% noch recht hoch. In kurzfristiger Dynamik zeigte sich jedoch nach monatlichen Zuwächsen von 0,5% (November 2008) und 1,8% (Dezember 2008) im Jänner und Februar 2009 ein leichter Rückgang sowie im März 2009 wieder ein Anstieg um 0,6% gegenüber dem Vormonat (Grafiken 37–38).

Umfangreiche Konjunkturstimulierungsprogramme

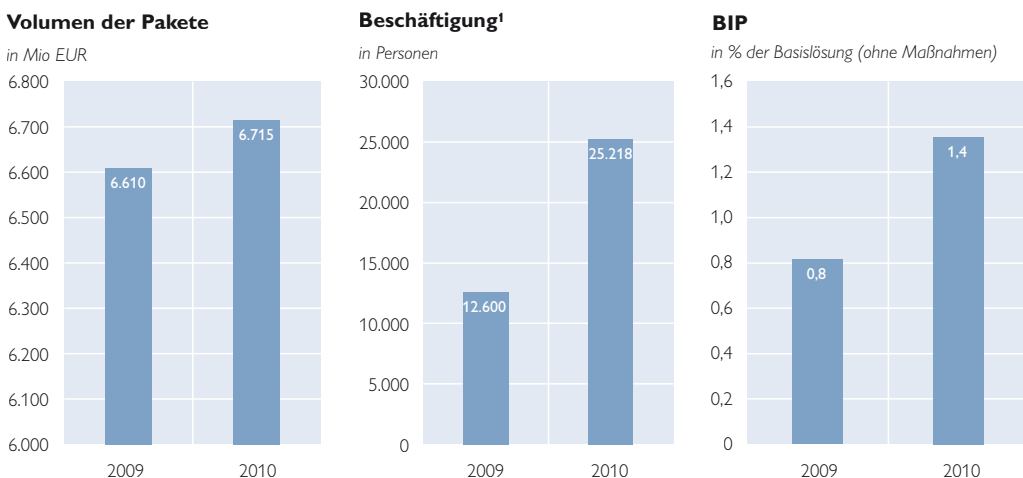
Zur Stärkung der Realwirtschaft wurden in Europa zahlreiche länderspezifische Konjunkturpakete aufgestellt sowie auch Mittel im Rahmen des „Europäischen Konjunkturprogramms (European Economic Recovery Plan for Growth and Jobs)“ bereitgestellt. Das Gesamtausmaß der EU-Mittel beläuft sich auf 200 Mrd EUR oder 1,5% des BIP der EU. Davon werden 170 Mrd EUR von den Ländern selbst und 30 Mrd EUR von der EU über die Europäische Investitionsbank aufge-

bracht. Die ergriffenen Maßnahmen basieren auf der Lissabon-Strategie zur Vorantreibung von Strukturreformen und dienen zum einen zur Ankurbelung der Nachfrage, Sicherung von Arbeitsplätzen und Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaft und sind zum anderen Investitionsmaßnahmen, um langfristig nachhaltiges Wachstum zu fördern.

Die von der österreichischen Bundesregierung getroffenen Inflations- und Konjunkturpakete (I+II) sowie die Vorziehung der Einkommensteuerreform mit einem Gesamtausmaß von rund 6 ½ Mrd EUR werden das Wachstum gemäß einer Studie der OeNB in den Jahren 2009 und 2010 um ¾ bzw. ½ Prozentpunkt (kumuliert um 1 ¼ Prozentpunkte) stützen und jährlich einen positiven Beschäftigungseffekt von in etwa 12.000 Arbeitsplätzen zeitigen (Grafik 39). Die Maßnahmen der staatlichen Nachfragepolitik sind effektive Instrumente zur Krisenüberbrückung und dienen der Stärkung

Grafik 39

Volumen, Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Konjunkturstimulierungsmaßnahmen sowie der Steuerreform in Österreich



Quelle: W. Köhler-Töglhofer und L. Reiss, 2009.

¹ Beschäftigungseffekte von Kurzarbeitsregelung und Beschäftigungsoffensive sind derzeit nicht quantifizierbar.
Anmerkung: Simulation mit dem Makro-Modell der OeNB (AQM). Volumen ist pro Jahr (im Vergleich zu 2007), Effekte auf Beschäftigung und BIP sind kumulativ ausgewiesen.

des privaten Konsums, fördern Investitionen und Exporte und stellen Mittel für Infrastrukturinvestitionen bereit. Spezielle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unterstützen die Erhaltung der Beschäftigung.

Öffentliche Finanzen unter Druck

Die öffentlichen Finanzen sind durch die Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich unter Druck geraten: Die

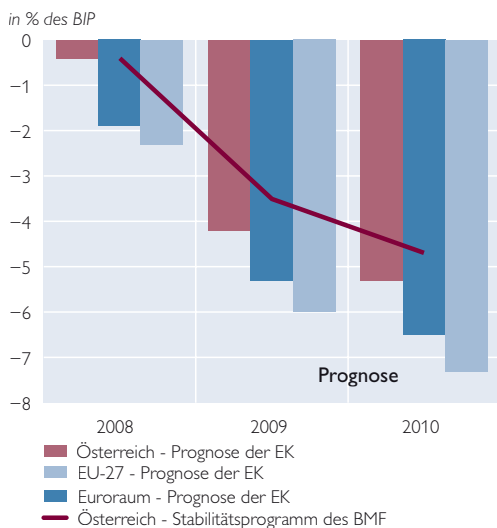
Steuereinnahmen gingen zurück und die Ausgaben (z. B. für Arbeitslosengeld) haben sich erhöht. Gleichzeitig erforderten die Konjunkturpakete erhebliche öffentliche Finanzierungsmittel. Alle Effekte zusammen führen zu einer wesentlichen Verschlechterung der öffentlichen Budgetsalden.

Im Euroraum stieg das aggregierte Haushaltsdefizit von 0,6% des BIP (2007) deutlich auf 1,9% des BIP im

Öffentliche Budgetsalden und Verschuldung 2008 bis 2010

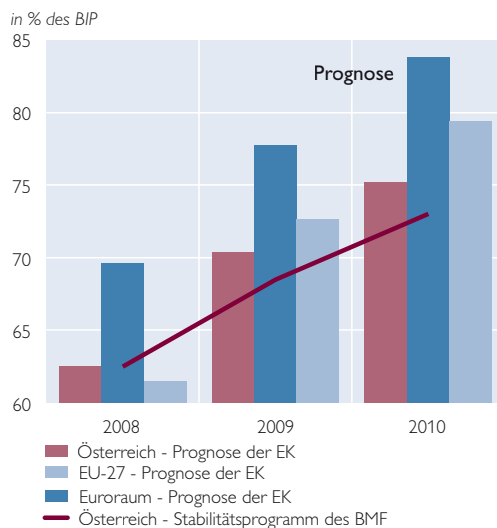
Budgetsalden

Grafik 40



Verschuldung

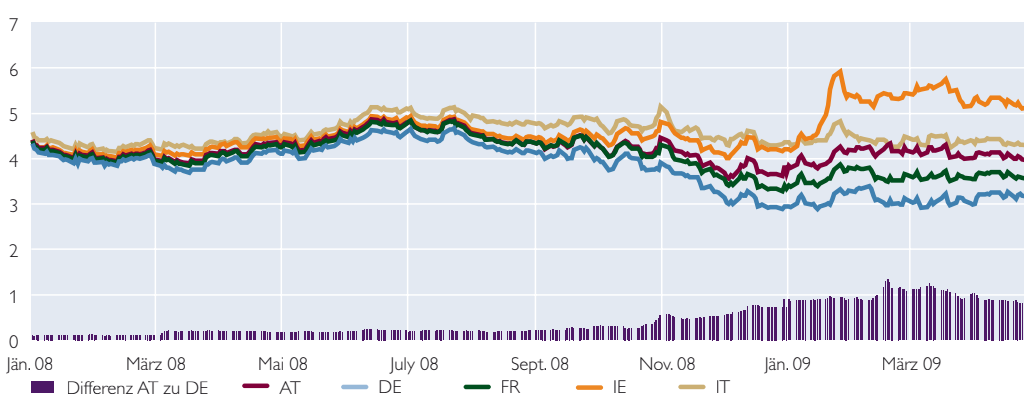
Grafik 41



Rendite 10-jähriger Staatsanleihen

in %

Grafik 42



Quelle: Statistik Austria, Eurostat; 2009 und 2010 BMF (Österreichisches Stabilitätsprogramm April 2009), Prognose der Europäische Kommission Mai 2009, Thomson Reuters, EZB.

Jahr 2008¹ und wird lt. Prognose der Europäischen Kommission von Anfang Mai 2009 im Jahr 2009 und 2010 auf 5,3% bzw. 6,5% hinaufschnellen. In Österreich dürfte das gesamtstaatliche Defizit gemäß Österreichischem Stabilitätsprogramm des BMF von Ende April 2009 nach –0,4% (2008) in den Jahren 2009 und 2010 auf 3,5% bzw. 4,7% des BIP steigen. Die Schuldenquote wird – bedingt auch durch die Schrumpfung des nominellen BIP – von 62,5% (2008) auf 73,0% (2010) des BIP zunehmen (Grafiken 40–41). Die diesbezüglichen Erwartungen der Europäischen Kommission (von Anfang Mai 2009) sind in Anbetracht stärkerer Schrumpfung des BIP deutlich pessimistischer.

Trotz der notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen – die zeitnah, gezielt und befristet ausgerichtet sind, muss die Fiskalpolitik dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) verpflichtet bleiben. Es ist daher, sobald sich ein Ende der Rezession und eine Erholung der Konjunktur abzeichnet, die Rückkehr zu soliden und tragfähigen öffentlichen Finanzen zügig und entschlossen einzuleiten. Eine explizite Selbstverpflichtung der öffentlichen Hand zur Konsolidierung nach Ende der Wirtschaftskrise bereits jetzt ist wichtig, um höheren Zinsaufschlägen – wie sie in den letzten Monaten auftraten – auf die Staatsschuld entgegenzuwirken (Grafik 42).

Umfangreiches Maßnahmenpaket der G-20 im April 2009 beschlossen

Die Gruppe der G-20-Staaten beschloss auf dem Gipfel in London am 2. April 2009 eine Mittelaufstockung für den IWF um 500 Mrd USD auf 750 Mrd USD. Zur Stützung des Welthandels

wurden weiters Konjunkturlösungen im Umfang von 250 Mrd USD angekündigt. Zudem einigte sie sich auf schärfere Regeln für die Finanzmärkte. Die Beschlüsse für eine internationale Finanzaufsicht und intensivierte Kooperation mit den nationalen Aufsichtsbehörden, deren Kontrolle künftig auch Hedgefonds und Rating-Agenturen unterliegen sollen, sind wichtige Schritte, um die Wahrscheinlichkeit von Krisen für die Zukunft zu verringern.

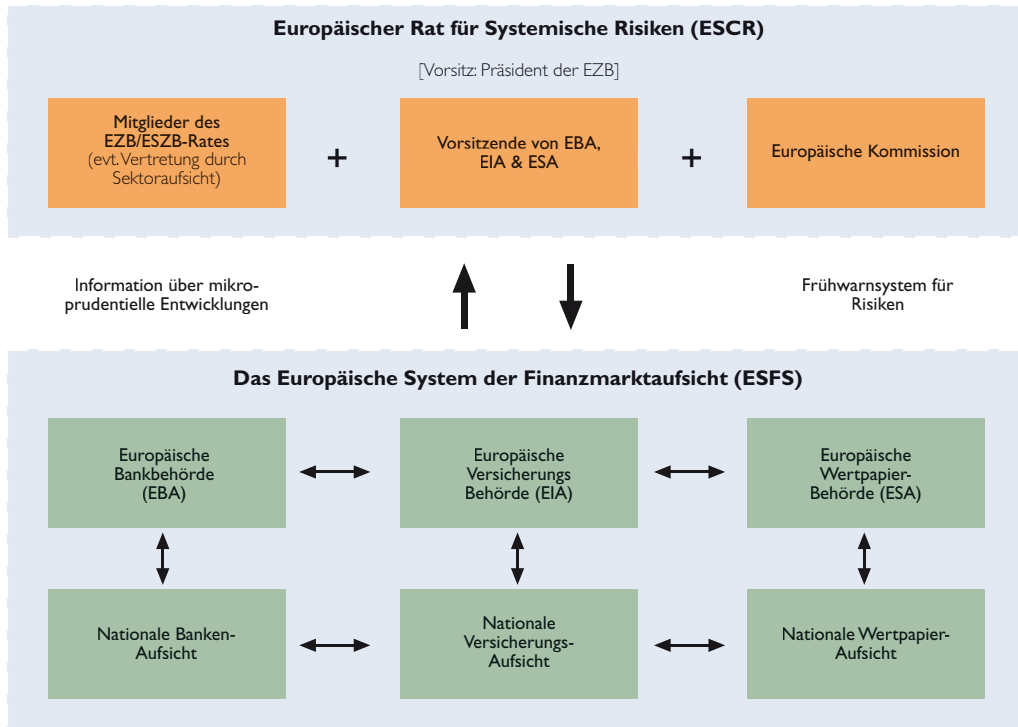
Europäische Aufsichtsarchitektur neu ordnen

Auch wenn die Ursachen der Krise noch jahrelang Gegenstand von Studien und Forschung sein werden, lassen sich doch einige Hauptfaktoren erkennen. Ein wichtiger Faktor war die – teilweise auch durch eine in wichtigen Volkswirtschaften sehr expansiv ausgerichtete Geld- und Wirtschaftspolitik begünstigte – wirtschaftliche Boom-situation in den vorangegangenen Jahren. Das weltweit sehr niedrige Zinsniveau und der günstige wirtschaftliche Ausblick verleiteten die Finanzmarktteilnehmer verstärkt zu exzessiver Risikobereitschaft, die sich in einem steigenden Kreditwachstum ausdrückte. Gleichzeitig trat im Verlauf der Krise das unzureichende Risikomanagement bei Marktteilnehmern zutage. Es zeigt sich, dass die Transparenz und die Veröffentlichungspraktiken insbesondere bei komplexen Finanzinstrumenten inadäquat waren und die Ratingagenturen die spezifischen Risiken bei strukturierten Produkten nicht erkannten, was zu einem weitreichenden Vertrauensverlust in das Finanzsystem geführt hat.

Seit Ausbruch der Finanzmarkt-turbulenzen im Sommer 2007 arbeitet

¹ EU-27: von –0,8% (2007) auf –2,3% (2008).

Vorschlag zu neuer Aufsichtsstruktur in Europa



Quelle: de Larosière, J. (2009). *The High-Level Group on Financial Supervision in the EU.*

man sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene daran, das bestehende Aufsichtsregime nachhaltig zu stärken. Erste Vorschläge zur Ausgestaltung einer Europäischen Aufsichtsstruktur wurden in einem Bericht einer hochrangigen Expertengruppe von Jaques de Larosière (ehemaliger Vorsitzender des Internationalen Währungsfonds und ehemaliger Präsident der Banque de France) Ende Februar 2009 veröffentlicht (Grafik 43). Der Bericht identifiziert als eine zentrale Lehre aus der gegenwärtigen Finanzkrise die Notwendigkeit einer effektiven makro-prudenziellen Aufsicht in der EU, um systemische Risiken frühzeitig zu erkennen. Zu diesem Zweck wird die Einrichtung eines Europäischen Rats für systemische Risiken (Frühwarnsystem) vorgeschlagen, der unter dem Vorsitz

des EZB-Präsidenten stehen und Risikowarnungen aussprechen soll. Für die mikro-prudenzielle Aufsicht sollen die drei europäischen Aufsichtsausschüsse für den Banken-, Versicherungs- und Wertpapierbereich in EU-Aufsichtsbehörden (sektorspezifische Gremien ohne vollständigen Behördencharakter) für die drei Marktsektoren umgewandelt und ein dezentrales europäisches System der Finanzaufsicht für grenzüberschreitend tätige Finanzinstitutionsgruppen errichtet werden.

Die Aufwertung der Rolle des ESZB im makro-prudenziellen Bereich entspricht der ökonomischen Realität. Ebenso ist die „Europäisierung“ der Aufsicht in einem integrierten Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen angemessen. Grundsätzlich sind die de Larosière-Vorschläge daher eine gute

Diskussionsgrundlage, wenngleich sie in ihren Zielen von manchen als nicht ausreichend weit gehend angesehen werden. Aus österreichischer Sicht sollte als Reformziel ein dezentrales und subsidiär organisiertes Europäisches Aufsichtssystem (analog dem ESZB) geschaffen werden, bei dem eine integrierte Europäische Behörde für die Aufsicht (Behördenfunktion) der grenzüberschreitend tätigen großen Finanzinstitute und Finanzinstitutsgruppen aller Finanzmarktsektoren zuständig ist. Für die Realisierung der vorgesehenen institutionellen Änderungen stellt zunächst die weitere Harmonisierung des europäischen Rechtsrahmens eine zentrale Voraussetzung dar.

Reform der österreichischen Finanzmarktaufsicht gewährleistet verbesserte Verzahnung der Aufsicht

Die mit der Neugestaltung der Bankenaufsicht geschaffenen Strukturen haben sich sehr gut bewährt. Jede der beiden Institutionen kann sich nunmehr auf jene Aufgaben konzentrieren, bei denen sie ihre Kernkompetenz hat – die FMA auf die behördliche Tätigkeit und die OeNB auf die wirtschaftliche und makroprudenzielle Analyse und Prüfung. Insbesondere ist es auch zu einer engeren Verschränkung von Einzelinstituts- und Systemaufsicht gekommen, wie etwa im Hinblick auf die Entwicklungen in Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Für die Zukunft wird es erforderlich sein, die neuen Aufsichtsansätze konsequent zu implementieren. So soll

Reale BIP-Veränderung und Inflation 2008 bis 2010

Prognosen des realen BIP

Grafik 44



Prognosen der Inflation

Grafik 45



insbesondere der Dialog mit den Banken weiter ausgebaut werden. Zeitnahe Informationen sind insbesondere bei schwierigen Rahmenbedingungen essenziell.

Ausblick 2010: leichte konjunkturelle Erholung

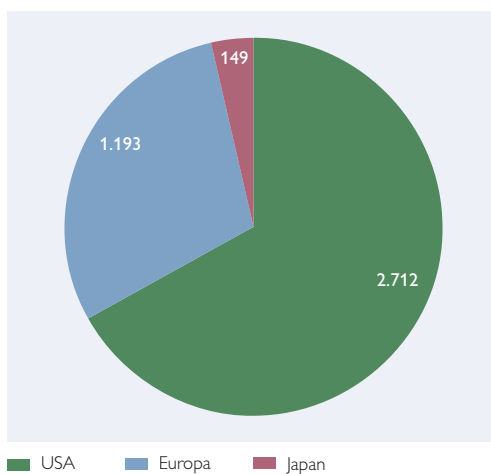
Gemäß den aktuellen Prognosen des IWF (April 2009) sinkt die globale Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 um etwas über 1 %, der stärksten Kontraktion seit 80 Jahren. In den Industrieländern – einschließlich des Euroraums (–4 %) und in Österreich (IWF-Prognose von April 2009: –3 %, Prognose der Europäischen Kommission von Anfang Mai: –4,0 %) - fällt der Einbruch wesentlich stärker aus (Grafik 44). Die Weltwirtschaft wird nach derzeitigen Erwartungen im Jahr 2010 aber wieder mit rund 2 % wachsen, die industrialisierten Volkswirtschaften könnten wieder ein schwaches positives Wachstum erzielen. Einige Indikationen und rezente harte Fakten unterstützen diese vorsichtig optimistische Einschätzung. So hat sich die Lage auf den Finanzmärkten etwas entspannt: Die zins- und liquiditätspolitischen Maßnahmen des Eurosystems und anderer Zentralbanken sowie die Maßnahmenpakete der Regierungen haben seit Mitte März 2009 zu einer gewissen Normalisierung auf den Geldmärkten geführt. Der Rückgang der Geldmarktzinssätze hat angehalten. Die Aktienmärkte (auch an der Wiener Börse) stiegen seit Anfang März deutlich an. Die Prämien für Kreditausfallsversicherungen gingen zurück. Die beschlossenen Maßnahmen auf dem G-20 Gipfel sowie die internationalen Hilfeleistungen haben das Finanzmarktklima – insbesondere auch in den Volkswirtschaften in Zentral-, Ost- und Südosteuropa – begünstigt.

Freilich ist der Wertberichtigungsbedarf bei den Banken noch nicht ausgestanden und die Kreditmärkte bleiben angespannt. Der Ausblick ist mit hoher Unsicherheit behaftet. Das zeigen auch die im Global Financial Stability Review (GFSR) des Internationalen Währungsfonds (IWF) veröffentlichten Schätzungen zu potenziellen Wertberichtigungen für Vermögenswerte (Kredite, Wertpapiere) für die Periode 2007–2010. Insgesamt wurde darin ein Wertberichtigungsbedarf von 4.054 Mrd USD erwartet, hievon entfallen 2.810 Mrd USD auf Banken. Die potenziellen Wertberichtigungen für europäische Vermögenswerte betragen 1.193 Mrd USD (US-Vermögenswerte: 2.712 Mrd USD). Diese Schätzungen basieren auf Marktwerten und schwanken stark (Grafik 46).

Grafik 46

Potenzieller Wertberichtigungsbedarf bei Vermögenswerten (Herkunftsprinzip)

in Mrd USD



Quelle: IWF.

Erste positive Anzeichen einer konjunkturellen Stabilisierung gibt es von den USA (auch von China), wo die umfangreichen Konjunkturpakete zu wirken beginnen und einige (Vorlauf) Indikatoren den Tiefpunkt bereits hin-

ter sich haben dürften. Im ersten Quartal 2009 schrumpfte die US-Wirtschaft mit annualisiert 6,1% geringfügig weniger als im 4. Quartal 2008. Für Österreich gehen der IWF und die Europäische Kommission davon aus, dass das Konjunkturtal im zweiten Halbjahr 2009 erreicht wird (im 1. Quartal schrumpfte das reale BIP um 2,8% im Vergleich zum 4. Quartal 2008 stark). Die Steuerreform und die Konjunkturpakete tragen jedoch zu einer Stabilisierung bei. Im Jahr 2010 dürfte die österreichische Volkswirtschaft stagnieren. Der Inflationsrückgang stärkt die verfügbaren Einkommen und verhindert somit einen stärkeren Konsumeinbruch.

Deflations- oder Inflationsrisiken?

Der Umfang der von den wichtigen Zentralbanken bereitgestellten Liquidität, hat sich seit Oktober 2008 deutlich erhöht und Befürchtungen über eine steigende Inflationsrate aufkommen lassen. Kurzfristig ist aber ein weiterer deutlicher Rückgang der Inflation viel wahrscheinlicher. Die verfügbaren Prognosen sehen im Jahr 2009 durchwegs einen Inflationstiefpunkt (Grafik 45) bzw. teilweise Deflation (z. B. in den USA und in Japan).

Im Jahr 2010 bleibt der Preisauftrieb im Zuge zaghafter Konjunkturerholung durchwegs moderat. Das Risiko von mittelfristig die Inflation treibenden Faktoren ist insgesamt gering und kontrollierbar: Die im Markt bestehende Überschussliquidität kann von den Zentralbanken rasch abgeschöpft werden. Das Wachstum von M3 ist im Euroraum trotz der Liquiditätsexpansion in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen. Auch zeigen Schätzungen, dass von realwirtschaftlichen

Indikatoren, wie Produktionslücke, NAIRU² und Lohnstückkosten aktuell und in mittlerer Frist kein Preisdruck ausgehen wird. Die mittelfristigen Inflationserwartungen liegen derzeit für den Euroraum zwar deutlich unter 2%, jedoch klar im positiven Bereich. Risikofaktoren sind weiterhin die Rohstoff- und Energiepreise.

OeNB als wichtiger wirtschaftspolitischer Akteur

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in den zurückliegenden Monaten auch die Arbeiten in der OeNB als wichtigen wirtschaftspolitischen Akteur erheblich geprägt. Praktisch alle Geschäftsfelder waren in die Vorbereitung und Umsetzung der geldpolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise eingebunden. Daneben war auch das laufende Geschäft zu bedienen.

Einige Bereiche und Aktivitäten seien erwähnt:

- Das professionelle und aktive Krisenmanagement der OeNB zur Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität hat sich bestens bewährt. Wesentlich dafür waren der laufende und enge Kontakt mit den Marktteilnehmern sowie ein vertiefter Informationsaustausch mit der Finanzmarktaufsicht und anderen Aufsichtsbehörden im Inland, aber auch im Ausland. Eine neue von der OeNB erhobene Liquiditätsmeldung gestattet eine wöchentliche Vorschau auf den Liquiditätsbedarf von 30 österreichischen Banken und stärkt die Aufsichtsanalyse.
- Das ökonomische Angebot an die Öffentlichkeit wurde erweitert: Seit Dezember 2008 wird der Bericht zur wirtschaftlichen Lage des Direktoriums an den Generalrat

² NAIRU: Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment (Niveau der Arbeitslosenquote, bei der sich die Inflationsrate nicht beschleunigt).

veröffentlicht. Seit April 2009 erstellt die OeNB vierteljährlich eine umfangreiche Analyse zur Kreditvergabe der österreichischen Banken an den Unternehmenssektor. Die Daten einer weiteren neuen OeNB-Erhebung zur Neukreditvergabe bei 105 österreichischen Banken fließen ein. Ein aktualisiertes Glossar mit rund 600 Begriffen zu Geldpolitik, Wirtschaft und Finanzen ist seit 26. Mai 2009 auf der OeNB-Homepage verfügbar.

- Die Zahlungsverkehrssysteme der OeNB wurden weiter ausgebaut. Sie sicherten eine reibungslose Abwicklung der Zahlungen sowohl in Euro als auch in Fremdwährung. Mit der Stabilität der Systeme hat der Zahlungsverkehr dem österreichischen Finanzplatz Sicherheit gegeben und damit das Vertrauen des Marktes in die Liquiditätsversorgung durch die OeNB gestärkt.
- Im Herbst 2008 war vorübergehend eine erhöhte Bargeldversorgung notwendig, der die OeNB reibungslos nachkam. Die in Österreich veranstaltete Fußball-Europameisterschaft EURO08 erforderte verstärkte Schulungsaktivitäten zur Bargeldsicherheit. Bei über 400 Veranstaltungen wurden über 7.000 Personen geschult. Das Fälschungsaufkommen im Jahr 2008 war sehr gering, die Schadenssumme nahm gegenüber dem Jahr 2007 um 12 % ab. Im Jänner 2009 führte die Slowakei den Euro ein und wurde das 16. Mitglied des Euroraums. Im Auftrag des Eurosystems übernahm die OeNB die Lieferung der Erstausstattung mit Euro-Banknoten für die Slowakei.
- Die Kommunikationsdienste der OeNB wurden erweitert. Das vergrößerte Angebot auf der Website

www.oenb.at erzielte durchschnittlich 85.000 Seitenaufrufe pro Tag (2007: 65.000). Zentrales Anliegen der Öffentlichkeitsarbeit der OeNB bleibt die verständliche Darstellung der komplexen Finanzwelt und die Bereitstellung klarer Information als Basis der vertrauensbildenden Maßnahmen zur Unterstützung der Geldpolitik.

- Im Frühjahr 2008 zog die OeNB bei der Volkswirtschaftlichen Tagung positiv Bilanz über die ersten zehn Jahre WWU. Diese hat die makroökonomische Konvergenz im Euroraum gefördert, Preisstabilität weitgehend gewährleistet und für Österreich deutliche Integrationseffekte sowie eine Verbesserung der außenwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gebracht.

Die OeNB versteht sich – auch in Umsetzung ihrer strategischen Ausrichtung 2007 bis 2010 – in der Erfüllung ihres Stabilitätsauftrags und Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstleister für Bevölkerung und Wirtschaft. Kundenorientierung, hoher Nutzen sowie laufende Weiterentwicklung durch marktnahe Produkt- und Prozessinnovationen kennzeichnen die Aktivitäten. Betriebswirtschaftliche Effizienz und Kostenbewusstsein sowie hohe Mitarbeiterqualifikation, Chancengleichheit für Frauen und Männer und Transparenz sind weitere wichtige Leitlinien des Unternehmens.

Die großen Aufgaben, die sich im Jahr 2008 stellten, waren nur durch den engagierten Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bewältigen. Ich möchte mich dafür herzlich bedanken, ebenso für die gute Zusammenarbeit im Direktorium und auch mit dem Generalrat. Mein besonderer Dank gilt meinem Vorgänger Dr. Klaus Liebscher, der bis 31. August 2008

amtierte, für seine Kollegialität und Hilfsbereitschaft, die eine reibungslose Amtsübergabe ermöglichte.

Die Gewährleistung von Preisstabilität, auch in dem Sinn, dass deflationäre Risiken mittelfristig vermieden werden, und die Verbesserung bzw. Aufrechterhaltung der Finanzmarktsta-

bilität sowie die aktive Mitarbeit bei der Reform der europäischen Aufsichtsstrukturen werden im kommenden Geschäftsjahr die vordringlichen Aufgaben sein. In die Unternehmensstrategie der OeNB 2011 bis 2015, die im Lauf des Jahres 2009 festgelegt wird, werden diese Aspekte gewichtig eingehen.